

auf die Position der Menschewiki zu stellen. Darum versuchte sie, die Menschewiki und Bolschewiki zu „versöhnen“. Darum verzichtete sie in der deutschen Sozialdemokratie auf die organisatorische Trennung von den Reformisten und Opportunisten und auf die Schaffung einer vom Opportunismus gereinigten, revolutionären Kampfpartei neuen Typus, die fähig ist, die Massen in revolutionäre Kämpfe und zum Siege zu führen. Sie war der verhängnisvollen Meinung, daß die spontane Bewegung der Massen den Reformismus und Opportunismus schon verdauen werde. Selbst nach dem 4. August 1914 verstand Rosa Luxemburg noch nicht die Notwendigkeit, mit den Noske und Scheidemann auch organisatorisch zu brechen. In ihren 1915 geschriebenen Leitsätzen stellt sie angesichts des Zusammenbruchs der II. Internationale zwar die Aufgabe „eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt“, aber sie verlangt nicht den organisatorischen Bruch mit den Ebert, Scheidemann und Noske. Erst im Dezember 1918 gingen die Linken, ging Rosa Luxemburg an die Schaffung der Kommunistischen Partei.

Der Glauben an die Spontaneität und die Unterschätzung der Rolle der Partei verursachte auch, daß Rosa Luxemburg die Frage nach den Verbündeten des Proletariats nicht betrachtete, ja sogar verneinte. In der Periode der ersten russischen Revolution sieht sie in der Bauernmasse „ein träges, ganz ungeeignetes Element für revolutionäre Bewegungen“. Auf dem Gründungsparteitag der KPD macht sie einen Schritt vorwärts mit dem Versuch, die Dorfbevölkerung zu differenzieren und das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum zu mobilisieren. Trotzdem steht sie in dieser wichtigen Frage weiterhin auf einem irrigen Standpunkt.

Noch auf eine andere irrige Theorie Rosa Luxemburgs soll hingewiesen werden: auf ihre Stellung zum Imperialismus und zur Frage der Kriege im Imperialismus.

Im Jahre 1912 gab Rosa Luxemburg ihr Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ heraus, in dem sie im Gegensatz zu Lenin behauptete, in einem ausschließlich kapitalistischen Milieu sei die Akkumulation des Kapitals unmöglich, daher entstehe der Drang

zur Expansion auf nichtkapitalistische Länder und Schichten, ohne diese Expansion werde die Existenz des Kapitalismus unmöglich. Aus dieser — hier nur kurz angedeuteten — Theorie, ergibt sich die Auffassung, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht durch den Ansturm der von einer marxistischen Partei geleiteten Arbeiterklasse, sondern aus einem Mangel an nichtkapitalistischen Ländern erfolgen werde. Durch diese Entwicklung käme der Kapitalismus in eine Situation, in der er *automatisch* zusammenbrechen wird. Rosa Luxemburg übersah völlig, daß in den Monopolen eine Kraft entstanden war, die dem verfaulenden, absterbenden Kapitalismus sowohl die Aggression nach außen als auch nach innen ermöglicht. Ihre „Akkumulation des Kapitals“ gibt die theoretische Begründung für die Unterschätzung der Bauernschaft, für die Ablehnung des Prinzips der Selbstbestimmung der Nationen einschließlich des Rechts auf Lostrennung, für die Verneinung der Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien und national unterdrückten Ländern und der Einheitsfront zwischen der proletarischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung.

Hieraus entspringt auch die in ihrer Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre) entwickelte Idee, daß nationale Kriege im Imperialismus unmöglich seien, eine Auffassung, die Lenin in seiner Schrift „Über die Junius-Broschüre“ widerlegt hat. Die Entwicklung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg und insbesondere der zweite Weltkrieg haben die Richtigkeit des Leninschen Standpunktes bewiesen und den ganzen Irrtum Rosa Luxemburgs in dieser Frage bloßgelegt.

Gerade dieses Beispiel zeigt besonders anschaulich, wie recht Ernst Thälmann hatte, als er im Februar 1932 vor dem ZK der KPD erklärte:

„... in all den Fragen, in denen *Rosa Luxemburg* eine andere Auffassung als *Lenin* vertrat, war ihre Meinung irrig, so daß die ganze Gruppe der deutschen Linksradikalen in der Vorkriegs- und Kriegszeit sehr erheblich an Klarheit und revolutionärer Festigkeit hinter den Bolschewiki zurückblieb.“¹

¹ Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, Berlin 1932, S. 71.

Doch unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der revolutionären Kämpfe in Deutschland setzte bei Rosa Luxemburg und den Linken die Entwicklung zum Leninismus ein. Das beweisen Rosa Luxemburgs Artikel in der „Roten Fahne“, und das beweist vor allem die Gründung der KPD. Auf ihrem Gründungsparteitag erklärte Rosa Luxemburg:

„... wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte... die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“¹

Sie, die einstmals auf dem Parteitag in Stuttgart (1898) den Standpunkt vertreten hatte, daß das einzige Gewaltmittel, das zum Siege führen wird, die politische Aufklärung im alltäglichen Kampf sei, erklärte nun:

„Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen... sie auch *festhalten* und *gebrauchen*.“²

Das aber gerade ist die Diktatur des Proletariats, so wie Lenin und die Bolschewiki sie verstanden.

So korrigierte sich Rosa Luxemburg unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Politik Lenins und Stalins in den Tagen der deutschen bürgerlichen Revolution und nahm, wenn auch noch nicht in aller Konsequenz, die Lehren der Oktoberrevolution an. Rosa Luxemburgs revolutionärer Geist ließ sie nicht auf alten Irrtümern beharren. Ihr heißer Wunsch, aus den Erfahrungen der revolutionären Bewegung in Rußland für die Entwicklung der Revolution in Deutschland zu lernen, half ihr, sich den Bolschewiki zu nähern. Gerade darin zeigt sich die ganze Größe dieser Revolutionärin, der die Sache des Sozialismus alles war. Und gerade darum sagte Lenin von ihr: *Sie war und bleibt ein Adler!*

So wurde Rosa Luxemburg in ihrem letzten stürmischen Lebensabschnitt selbst zur Kämpferin gegen das, was wir als Luxemburgismus bezeichnen. Als sie zusammen mit Karl Lieb-

¹ Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., S. 668/669.

² Ebenda, S. 692 und 694.

knecht und Franz Mehring im Dezember 1918 die KPD (Spartakusbund) gründete, legte sie — wenn auch viel zu spät — den Grundstein für eine marxistisch-leninistische Partei. Es war Rosa Luxemburg, die auf dem Gründungsparteitag den schärfsten Kampf führte gegen die sektiererischen Beschlüsse, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen, sich nicht in den alten Gewerkschaften zu betätigen, sondern eigene Gewerkschaften zu gründen. Diese Beschlüsse aber hatten ihre Wurzeln in der Verkennung der Rolle der Partei und in der Anbetung der Spontaneität der Massen.

Mit der Gründung der KPD, mit dem Kampf für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei begann der Kampf zur Überwindung des Luxemburgismus. Das Konservieren der Irrtümer Rosa Luxemburgs machte einen Paul Levi zum Verräter an der von ihr gegründeten Partei. Der Luxemburgismus der Brandler, Thalheimer und Frölich führte diese 1923 zum politischen Bankrott und in das Lager des Klassenfeindes. Alle, die sich vom Luxemburgismus nicht zu befreien vermochten, sind zu Renegaten und Feinden der Arbeiterklasse geworden. In holder Eintracht versuchen Brandleristen, Trotzlisten, Titoisten und Sozialimperialisten heute die Fehler und Irrtümer Rosa Luxemburgs für den hinterhältigen Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie und gegen die marxistisch-leninistischen Parteien auszunützen oder ihren Namen zu mißbrauchen, um die schmutzige Agententätigkeit und Sabotagearbeit gegen die Sache des Friedens zu verdecken.

Eben weil es so ist, haben wir die Pflicht, wenn wir die großen Verdienste Rosa Luxemburgs und ihre Bedeutung für die deutsche und für die internationale Arbeiterbewegung feiern, auch auf ihre Fehler hinzuweisen und sie zu analysieren. Damit zerschlagen wir am wirksamsten alle Versuche, den Namen Rosa Luxemburgs zu schänden und für dunkle Ziele zu mißbrauchen. Wir stehen auf dem Standpunkt unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann, der in der bereits zitierten Rede erklärte:

„Wir denken *nicht daran*, die Bedeutung *Rosa Luxemburgs*, *Karl Liebknechts*, *Franz Mehrings* und der übrigen Genossen, die den linksradikalen Flügel in der Vorkriegssozialdemokratie

bildeten, abzuschwächen. Wir denken *nicht daran*, diese wahrhaft revolutionären Kämpfer und Führer und ihre guten revolutionären Traditionen zu verleugnen, oder gar den sozialdemokratischen, SAPistischen oder brandleristischen Leichenschändern zu überlassen. *Rosa Luxemburg und die anderen gehören zu uns.*¹

Vorwort zu Rosa Luxemburg,
Ausgewählte Reden und Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1951, 1. Bd., S. 5—16.

¹ Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, S. 71.

Fünf Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

*Rede auf der Festveranstaltung in Berlin
21. April 1951*

Unsere heutige Festveranstaltung gilt dem fünften Jahrestag der Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wir feiern ein Ereignis von überragender geschichtlicher Bedeutung sowohl für die deutsche Arbeiterbewegung als auch für das ganze deutsche Volk.

Dabei wollen wir zuerst der großen Arbeit gedenken, die unser von den Faschisten ermordeter Genosse Ernst Thälmann für das Zustandekommen der einheitlichen deutschen Arbeiterbewegung geleistet hat. Er hinterließ uns die Lehre, daß die Frage der Einheitsfront die Lebensfrage für das deutsche Proletariat ist. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis hat Ernst Thälmann den Kampf für eine Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern als die wichtigste Voraussetzung für den Sieg des Proletariats gegen Krieg und Faschismus geführt.

Was Ernst Thälmann erstrebte, die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, hat sich hier in diesem Saale vor fünf Jahren mit dem Beschluß zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollzogen. Damit wurde die mehr als dreißigjährige Spaltung überwunden, die die deutsche Arbeiterklasse 1914 und 1918, 1933 und 1939 ohnmächtig und unfähig gemacht hatte, ihre geschichtlichen Aufgaben im Kampf gegen die Raubgier des deutschen Imperialismus und gegen seine extremste Herrschaftsform, den Faschismus, zu erfüllen.

Infolge der Überwindung der Spaltung durch den historischen Gründungskongreß der SED konnte unser III. Parteitag feststellen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat. In der Deutschen Demo-

kratischen Republik wurde die Arbeiterklasse zur stärksten und entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Kraft. Die geeinte Arbeiterklasse konnte das Werk vollbringen, die Kräfte des Junkertums und des Militarismus, die Kräfte des Monopolkapitals und der imperialistischen Raubkriegspolitik für immer in unserer Deutschen Demokratischen Republik auszuschalten. Die Arbeiterklasse hat im Bündnis mit der Bauernschaft und den Geistesschaffenden, in Zusammenarbeit mit Handwerk und Privatindustrie die Entwicklung der Wirtschaft nach einem groß angelegten Plan für die friedliche Zukunft unseres Volkes gestaltet. Zum ersten Male in Deutschland entstand in der Deutschen Demokratischen Republik ein wahrhaft friedlicher Staat, der im Gegensatz zur Vergangenheit in der Freundschaft mit der großen Sozialistischen Sowjetunion und allen friedliebenden Völkern die sicherste Garantie für die Erhaltung des Friedens erblickt.

Die tiefgehenden demokratischen Umwälzungen in unserer Republik, die Herstellung und Festigung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Schaffung eines wahrhaft ehrlichen Freundschaftsverhältnisses zu unseren Nachbarvölkern, die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem friedliebenden demokratischen Staat — alles das verdanken wir der vor fünf Jahren errungenen Einheit der Arbeiterbewegung.

Darin liegt die große geschichtliche Bedeutung des Vereinigungsparteitages, dessen fünften Jahrestag wir heute feiern.

Wir werden uns der Größe der vollzogenen geschichtlichen Entwicklung besonders bewußt, wenn wir uns den Unterschied vergegenwärtigen, der zwischen der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und den Zuständen in Westdeutschland und Westberlin besteht, wo die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien durch die Politik der sozialdemokratischen Führer verhindert wurde.

Zur Charakterisierung der Lage im Westen möchte ich mich auf die in Washington erscheinende bürgerliche Wochenzeitung „New Republic“ berufen, die in ihrer Nummer vom 12. März 1951 folgendes schrieb:

„Die Wirtschaft liegt in Händen der gleichen Männer, die schon unter Hitler und vor Hitler ihre Führer waren. Keinerlei revolutionäre Maß-

nahmen haben die alte Ordnung verändert. Keine Landreform hat auch nur einen Morgen Land an die landlosen Pächter verteilt. Jeder Versuch der Gewerkschaften, ihre Macht in der Industrie zu höherer Geltung zu bringen, wurde von den Besatzungsmächten vereitelt. Der wirtschaftliche Wiederaufbau wurde ganz dem Ermessen der Hochfinanz anheimgestellt. Die Besatzungsmächte überließen den Wiederaufbau lieber den konservativen Exponenten des Unternehmertums und den Kartellen.“

Diesem durchaus zutreffenden Urteil der amerikanischen Zeitung wäre nur noch hinzuzufügen, daß auch im politischen Leben dieselben Kräfte wieder am Werke sind, die für das Hitler-Regime und den zweiten Weltkrieg die Verantwortung tragen. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß diese Entwicklung eben darauf zurückzuführen ist, daß die rechten sozialdemokratischen Führer die Vereinigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zu einer einheitlichen Kampfpartei verhinderten und die volksfeindliche Politik der Westmächte und ihre Vorbereitung auf einen neuen Krieg unterstützen.

Im Gegensatz zu dieser reaktionären Entwicklung in Westdeutschland steht der große Fortschritt, der im Osten durch die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung und der darauf basierenden Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik erzielt wurde. Die wichtigste Voraussetzung dazu ist der Sieg der ruhmreichen Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus, die Besetzung des Ostgebiets durch die Sowjetarmee und die konsequente sozialistische Politik der Sowjetregierung unter der Führung des Genossen Stalin.

Noch während des Krieges hatte sich Stalin den Plänen der englischen und der amerikanischen Imperialisten entschieden widersetzt, wonach Deutschland als Staat völlig zerschlagen und das deutsche Volk zu einem Kolonialvolk gemacht werden sollte. Stalin erklärte demgegenüber:

„...die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“¹

Diese Politik fand auch in den Potsdamer Beschlüssen, die unter dem Einfluß Stalins zustande kamen, ihren Ausdruck, wonach

¹ J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 50.

dem deutschen Volke die nationale Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Einheit seines Staates zugesichert wurde.

Der Befehl der sowjetischen Militärverwaltung vom 10. Juni 1945 über die Schaffung demokratischer Parteien gab jetzt den Mitgliedern und Funktionären der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit, die Einheit der Arbeiterbewegung zu verwirklichen. In den Arbeitermassen war zweifellos auf Grund der bitteren Erfahrungen unter der Hitlerdiktatur der Drang zur Vereinigung der beiden Parteien vorhanden. Auch unter den Führern der Sozialdemokratie gab es in unserer Zone einige, die diese Notwendigkeit erkannten und für ihre Erfüllung eintraten. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei erklärte in seinem Gründungsaufruf:

„Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden.“¹

So zweckmäßig es erschien, nicht erst die Bildung von zwei Arbeiterparteien vorzunehmen, sondern gleich eine einheitliche Partei zu schaffen, so mußten doch noch erst ernste politische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, wenn diese Vereinigung eine dauerhafte sein sollte. Die politische Entwicklung der Arbeiter in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur und auch schon vor dem war eine sehr unterschiedliche. Besonders betraf das die Einstellung zur Sowjetunion und zu der wissenschaftlichen Grundlehre des Marxismus-Leninismus. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter nahm dazu zunächst noch eine ablehnende Stellung ein. Es fehlte ihnen eine ernste politische Grundlage. Auch wirkten sich bei ihnen die fortgesetzten plumpen Verleumdungen sehr stark aus, die gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten verbreitet wurden. Es bedurfte zur Behebung dieser Schwierigkeiten einer längeren politischen Erziehung der sozialdemokratischen Arbeiter, um sie zu einer festen Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten zu verbinden. Es muß

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 13. Juni 1945.

dabei auch noch in Betracht gezogen werden, daß von den aggressiven Kräften des anglo-amerikanischen Imperialismus eine große Hetzpropaganda gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten betrieben wurde, um die sozialdemokratischen Arbeiter von der Vereinigung abzuhalten.

Waren so die Schwierigkeiten für die sofortige Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei bei den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei vorwiegend grundsätzlicher Natur, die sich aus der Unkenntnis über die Sowjetunion und über den Marxismus-Leninismus ergaben, so gab es auch bei den Mitgliedern der Kommunistischen Partei ernste Schwierigkeiten, die aber mehr taktischer Natur waren. Es wurde von ihnen befürchtet, daß die mangelhafte Schulung der sozialdemokratischen Mitglieder keine genügende Garantie dafür sei, daß die geschaffene Einheit eine dauerhafte sein würde. Viel zu stark wirkten auch noch die früheren Kämpfe zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten nach. Sosehr auch auf der Brüsseler Parteikonferenz im Jahre 1935 von der kommunistischen Parteiführung alles unternommen wurde, eine selbstkritische Überprüfung der Politik und Taktik der Partei gegenüber den sozialdemokratischen Mitgliedern durchzuführen, so war es doch in der Zeit der Illegalität nicht gelungen, diese neugewonnenen Erkenntnisse in der Partei genügend zu verbreiten. Auch die Ergebnisse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale trugen dazu bei, das Verständnis für die Notwendigkeit der Einheitsfront und die Schaffung der Volksfront in der Partei zu verbreitern. Alle diese Erkenntnisse brachte die Partei in ihrem Gründungsaufwurf zum Ausdruck, der zum Gegenstand einer ernsten ideologischen Arbeit in der gesamten Mitgliedschaft gemacht wurde.

Auf Grund dieser Schwierigkeiten bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern wurde damals von der sofortigen Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei Abstand genommen, dagegen aber alles darauf eingestellt, die Voraussetzung für die baldige Vereinigung der beiden Parteien zu schaffen. So wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuß bereits am 19. Juni 1945 aus je fünf Mitgliedern der beiden Parteien gebildet, der sich ein auf fünf Punkten beruhendes Arbeitsprogramm

gab. Im Mittelpunkt dieser Arbeit stand natürlich die Schaffung der einheitlichen Arbeiterpartei, die auf zwei größeren Funktiónärkonferenzen ernsthaft beraten und für die ein Programm ausgearbeitet wurde, das dann von den Parteitagern der beiden Parteien angenommen und das zur Grundlage der Vereinigung auf dem Vereinigungsparteitag gemacht wurde. So konnte der Gedanke zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei in der kurzen Frist von der Zulassung der politischen Parteien am 10. Juni 1945 bis zum 22. April 1946 einen gewaltigen Sieg erringen.

Der Weg der beiden Parteien zu ihrer Vereinigung hat sich als durchaus richtig und bedeutungsvoll erwiesen. Die Entwicklung unserer vereinigten Partei, ihre innere Festigkeit, ihr erfolgreicher Kampf sind der unbestreitbare Beweis dafür.

Es gibt gewiß immer noch Leute, die mit allen Verdächtigungen und Entstellungen die klare und eindeutige Antwort auf die Frage verwischen möchten, warum die Einheit der Arbeiterbewegung notwendig ist und warum es in der Ostzone zur Vereinigung kam und warum in Westdeutschland und in Westberlin die Spaltung der Arbeiterbewegung aufrechterhalten blieb. Die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung ist durch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik voll erwiesen, und daß es zu der Einheit der Arbeiterbewegung bei uns kam, hat seine Ursache darin, daß dieser Drang zur Einheit bei den Arbeitermassen auf Grund der Lehren aus der Hitlerzeit sich mächtig entwickelte, daß dieser Drang der Arbeitermassen nach Einheit von der sozialistischen Besatzungsmacht in jeder Hinsicht gefördert und unterstützt wurde, daß hier in voller Freiheit die Lehren der Vergangenheit gezogen werden konnten und über die grundlegenden Fragen des demokratischen Aufbaus in gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Beratungen völlige Einmütigkeit erzielt werden konnte.

Dagegen wurde in Westdeutschland und Westberlin die Vereinigung durch die imperialistischen Besatzungsmächte verhindert, wobei sie in den reaktionären Führern der Sozialdemokratie willfähige Agenten fanden, weil diese die alte schädliche Politik der Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital, die anti-

bolschewistische Hetze und den Kampf gegen die Kommunisten fortsetzten.

Damit ist auch die Antwort auf die Frage gegeben, warum bei uns durch die Schaffung der einheitlichen Arbeiterpartei ein mächtiger, nie gekannter Impuls durch die Reihen des werktätigen Volkes ging und die Arbeiterschaft die Fähigkeit erwarb, die führende Rolle im Staat und in der Wirtschaft zu übernehmen, und warum umgekehrt durch die verräterische Spaltungspolitik der Schumacher, Ollenhauer und Konsorten die Arbeiterschaft im Westen gehindert wird, einen entschlossenen Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Preiswucher, Remilitarisierung und für den Frieden zu führen. Ich möchte jetzt dazu übergehen, den grundsätzlichen Unterschied, der zwischen der Lage der Arbeiterschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland und Westberlin besteht, an Hand von Tatsachen nachzuweisen.

Ich beginne mit der Schilderung der Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie sich auf Grund der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestaltet hat:

Fünf Jahre nach dem historischen Vereinigungskongreß können wir ohne Überheblichkeit und mit berechtigtem Stolz feststellen: Es gibt keine andere Partei in Deutschland, die so wie die Sozialistische Einheitspartei von sich sagen kann, daß sich ihre politischen Voraussagen voll und ganz bestätigt haben.

Es gibt keine zweite Partei in Deutschland, die so wie die SED von sich sagen könnte, daß sie die selbstgestellten Aufgaben gelöst und die der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk gegebenen Versprechungen restlos erfüllt hat. Ich möchte das an Hand eines historischen Dokuments unter Beweis stellen.

Der Vereinigungsparteitag beschloß vor fünf Jahren ein „Manifest an das deutsche Volk“, in dem er die geschichtliche Bedeutung der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei und auf vier Hauptgebieten ihre Aufgaben und ihre Politik darlegte.

Als „*Partei des Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft*“ forderte die SED in diesem Manifest, daß die Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zu enteignen und ihre Betriebe sowie ihr gesamtes Vermögen in die Hände des Volkes zu überführen sind. Das Manifest forderte die Durchführung einer demokratischen Boden-

reform, die Brechung der Vorherrschaft der Großgrundbesitzer und die Sicherung einer selbständigen Existenz für Kleinbauern, Umsiedler und Landarbeiter.

Niemand kann bestreiten, daß im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik diese Forderungen erfüllt sind.

Niemals werden Junker, Bankiers und Aktionäre das Schicksal unserer Deutschen Demokratischen Republik bestimmen.

Mit der Zerschlagung der materiellen Basis der Junker und Monopolkapitalisten wurde die Grundlage für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft als einer echten Friedenswirtschaft geschaffen.

So konnten wir den Zweijahrplan ausarbeiten und ihn mit dem Schwung und Elan unserer Arbeiter, insbesondere unserer Jugend, vorfristig erfüllen. Auf den erzielten Erfolgen aufbauend entwarf unsere Partei den großen Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur. Unser III. Parteitag nahm den Fünfjahrplan einstimmig an und übergab ihn der Regierung mit dem Vorschlag, ihn zum Gesetz zu erheben. Der Fünfjahrplan ist heute das große Programm des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs, an dessen Verwirklichung unter Führung unserer Partei die Masse der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz mit Erfolg arbeitet.

Das Ziel aller unserer Anstrengungen im Rahmen des Fünfjahrplans ist eine Friedenswirtschaft, durch die den werktätigen Menschen ein Lebensstandard gesichert wird, wie sie ihn in der Vergangenheit des imperialistischen Deutschlands nie gekannt haben.

Als „Partei der Erneuerung der deutschen Kultur“ forderte das Manifest des Gründungsparteitages die Durchführung der demokratischen Schulreform und die Aufhebung aller Bildungsprivilegien, um den Begabten aus allen Volksschichten den Zugang zu den höchsten Bildungsstätten zu öffnen.

Niemand kann bestreiten, daß auch diese Grundforderung heute bereits erfüllt ist.

Unsere Partei hat sich in den letzten Monaten gründlich mit den Fragen des gesamten Bildungswesens unserer Republik befaßt und eine umfassende Diskussion über das gesamte kulturelle und künstlerische Schaffen eingeleitet. Sie hat die Bildung selb-

ständiger Staatssekretariate für Berufsausbildung und für Hochschulen, eine Staatliche Kommission für Fragen der Kunst und eine Reihe weiterer Maßnahmen vorgeschlagen. Sie alle zeugen von der tiefgehenden demokratischen Umwälzung, die auf allen Gebieten des kulturellen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik vor sich gegangen ist. Es erfüllt uns mit großer Freude, daß hervorragende Künstler, Schriftsteller, Schauspieler und Regisseure Mitglieder unserer Partei sind, die an der Spitze der demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur stehen. Wir haben in den fünf Jahren Leistungen auf dem Gebiete der Kunst und Literatur erzielt, auf die alle fortschrittlichen Deutschen mit Recht stolz sind.

In der von unserer Partei eingeleiteten Diskussion über die kulturellen und künstlerischen Probleme geht es darum, den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt des künstlerischen Schaffens zu stellen. Wir wünschen, daß unsere Dichter und Schauspieler, unsere Schriftsteller, Maler und Bildhauer von jenem hohen Ethos erfüllt sind, das Stalin in die Worte kleidete: „Im Sozialismus ist die Arbeit zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes geworden.“ Mit diesem Kampf für eine neue demokratische Kultur, für die Wahrung des klassischen Erbes der großen kulturellen Güter, die unsere deutsche Nation der Welt geschenkt hat, führen wir gleichzeitig den Kampf gegen die amerikanische Kulturbarbarei. Wir müssen uns unserer Aufgabe bewußt sein, den Kampf für die Pflege und Wahrung des deutschen Kulturerbes zu führen, allen schöpferischen künstlerischen Kräften zu helfen, im Kampf für den Frieden der Welt und die Einheit unserer Nation ihre Meisterschaft zu beweisen.

Als „Partei der entschiedensten Interessenvertretung der Werktätigen“ hat die SED im Sinne des Manifestes vor fünf Jahren im Kampf für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen und für den Schutz aller Schaffenden vor Übervorteilung und Ausbeutung unzweifelhaft große Erfolge erzielt. Auf Vorschlag unserer Partei wurden das Grundgesetz der Arbeit, das Landarbeiterschutzgesetz, das Gesetz zur Förderung der Jugend, das Gesetz zur gesellschaftlichen Stellung der Frau und die Kulturverordnungen der Deutschen Demokratischen Republik erlassen.

Der auf Initiative unserer Partei durchgeführte Zweijahrplan und unser großer Fünfjahrplan haben die Arbeitslosigkeit beseitigt und ein neues Problem gestellt: die Heranziehung neuer Arbeitsreserven für unseren friedlichen demokratischen Aufbau.

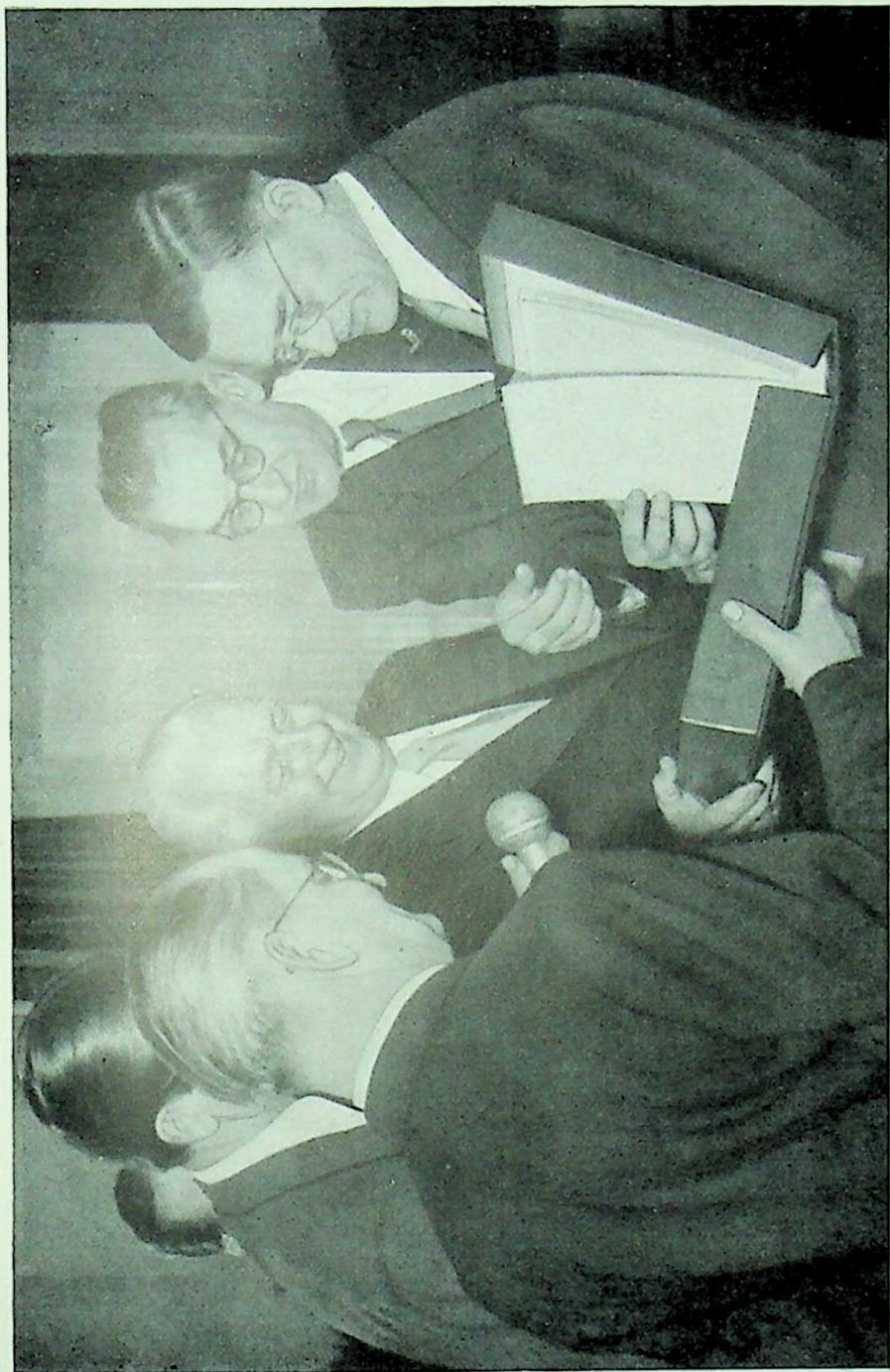
Die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik ist in ihrer ganzen sozialen Stellung, in ihrer Rolle in Staat und Wirtschaft bereits nicht mehr mit der Arbeiterklasse der Weimarer Republik zu vergleichen. Im volkseigenen Sektor unserer Wirtschaft, in Industrie, Verkehr und Verwaltung, auf den volkseigenen Gütern und den Maschinenausleihstationen hat der schaffende Mensch eine völlig neue Stellung gewonnen. Er ist nicht mehr der Ausgebeutete, der jeder Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist. Im gesamten volkseigenen Sektor schafft er für den gesellschaftlichen Wohlstand unseres Landes und damit für sich selbst. Ein neues Verhältnis zur Arbeit und zum Betrieb entstand. Es fand bereits während des Zweijahrplans seinen Ausdruck in der Aktivistenbewegung, die uns die vorfristige Planerfüllung ermöglichte. Von diesem neuen Verhältnis zur Arbeit sind die Neuerer der Produktion beseelt, die von den großen sowjetischen Vorbildern und dem Beispiel ihrer Kollegen in den volksdemokratischen Ländern lernen.

Wir können als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit Stolz sagen, daß einfache Mitglieder aus unseren Reihen zu den hervorragendsten Vertretern jenes neuen Menschentyps geworden sind.

Da sind zum Beispiel Adolf Hennecke, der Initiator unserer großartigen Aktivistenbewegung, und Erich Wirth, der als Dreher, dem Beispiel seines großen Kollegen Pawel Bykow folgend, das Schnelldrehverfahren in unserer Republik eingeführt hat. Genosse Wirth ist Kandidat des Zentralkomitees unserer Partei.

Wenn ich diese beiden hervorragenden ausgezeichneten Aktivisten nenne, dann sollen damit alle jene Tausende unserer Genossinnen und Genossen geehrt sein, die durch ihr Beispiel ein neues Arbeitsethos, ein neues Verhältnis unserer schaffenden Menschen zur volkseigenen Industrie und Landwirtschaft verkörpern.

Den Aktivisten, den Helden unserer Arbeit, den verdienten



Zum 75. Geburtstag wurden dem Präsidenten Wilhelm Pieck durch Delegationen befreundeter Länder und ausländischer Bruderparteien zahlreiche Geschenke überbracht. Hier überreicht die polnische Delegation dem Präsidenten eine Kasette mit Originaldokumenten aus dem heroischen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands

Erfindern und Wissenschaftlern gebührt der Dank unseres Volkes. Ihre hervorragenden Arbeitsergebnisse ermöglichten unserer Regierung die Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes aus eigener Kraft und eröffnen vor uns die Perspektive zum Wohlstand und Glück unseres Volkes.

Als „*wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes*“ hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entsprechend ihrem ersten Manifest unermüdlich den entschiedenen Kampf für die Einheit Deutschlands und die Sicherung der demokratischen Entwicklung für den Frieden und die innere und äußere staatliche Unabhängigkeit Deutschlands geführt. Unsere Partei war die Initiatorin der großen Bewegung des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden. Sie hat mit ihrem programmatischen Beschluß über die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Plattform geschaffen zur Zusammenfassung aller patriotischen Kräfte zur Rettung der deutschen Nation.

Der sichtbarste Erfolg dieses Kampfes war die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der entscheidende Träger der konsequenten Friedenspolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik und hat damit ihren historischen Anteil zur Wiedereinbeziehung des deutschen friedliebenden Volkes in die große Gemeinschaft aller friedliebenden Völker geleistet. Die Tagungen des Exekutivkomitees der Internationalen Frauenföderation, des Weltfriedensrates, der Europäischen Arbeiterkonferenz und die bevorstehenden Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin bezeugen das wachsende Vertrauen, das die Politik unserer Partei, der Deutschen Demokratischen Republik bei allen friedliebenden Völkern und der ganzen Menschheit erworben hat.

Mit unserer konsequenten, folgerichtigen, jedem ehrlich schaffenden Menschen verständlichen Politik gelang es uns, in steigendem Maße eine wahrhaft politisch-moralische Einheit unseres Volkes zu schaffen. Der sichtbarste Ausdruck hierfür ist die Gewinnung der jungen Generation im Kampf unseres Volkes um Frieden und Einheit. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelang es, die Mehrheit der werktätigen Jugend unter der Losung: „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens“ zu vereinigen. Wir freuen uns über

die gewaltige Zahl von 3 Millionen Jugendlichen, die bei den Jungen Pionieren und in der Freien Deutschen Jugend erfaßt sind. Aber noch größere Bedeutung gewinnt die Tatsache, daß diese Jugend von einem beispiellosen Lerneifer, Arbeitsenthusiasmus und von einem Geist wahrer Völkerfreundschaft erfüllt ist. Gestattet deshalb, daß ich von dieser Stelle den Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend und den Jungen Pionieren, den Aktivisten in Schulen und Lehrwerkstätten, auf den Universitäten und auf dem Lande im Namen unserer Partei aus freudigem Herzen unsere Anerkennung zurufe mit dem Jugendgruß: Freundschaft!

Das sind die Hauptaufgaben und Hauptforderungen, die der Vereinigungsparteitag vor fünf Jahren im „Manifest an das deutsche Volk“ formuliert hat. Ich denke, wir können auf die Bilanz unserer Arbeit stolz sein. Sie muß alle Werktätigen von der Richtigkeit des Weges überzeugen, den wir vor fünf Jahren beschritten haben.

Dieselbe Bilanz ergibt sich, wenn wir die 14 Gegenwartsforderungen betrachten, die in den auf dem Gründungsparteitag beschlossenen „Grundsätzen und Zielen“ der Sozialistischen Einheitspartei erhoben wurden. Bis auf eine, nämlich die Forderung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands, sind sie im wesentlichen alle erfüllt.

Wir haben uns inzwischen bereits neue Aufgaben gestellt, die in den Beschlüssen unseres III. Parteitages niedergelegt wurden. Das konkrete Programm unserer Arbeit ist der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft unserer Regierung. Wir stehen am Beginn der Durchführung und wissen, daß er große Anforderungen an jeden von uns stellt. Aber er eröffnet auch eine neue begeisternde Perspektive. Es ist die Perspektive eines raschen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs. Es ist die Perspektive zur Entwicklung einer echten Friedenswirtschaft, die dem Wohlstand des ganzen Volkes dient. Das ist der Erfolg der Einigung der Arbeiterklasse, und das sind die Perspektiven, die sich auf Grund unserer bisherigen Erfolge vor uns eröffnen.

Betrachten wir nun die Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland und welche Perspektive sich ihr bietet. Zur Zeit unseres Vereinigungsparteitages hatte der Sozialdemokrat

Dr. Schumacher zur Täuschung der sozialdemokratischen Mitglieder den „Sozialismus zu einer Tagesaufgabe“ erklärt. Damals verkündete er sogar, daß „mit dem Zusammenbruch der Nazis auch der Kapitalismus in Deutschland zusammengebrochen wäre“. Heute muß derselbe Schumacher zugeben, daß sich in Westdeutschland und in Westberlin die schlimmste soziale Reaktion in den Sattel gesetzt hat. Die Herren des Krupp-Konzerns, dieser Inbegriff der imperialistischen deutschen Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler, sind nicht nur aus dem Zuchthaus entlassen worden, sondern auch wieder in vollem Besitz ihrer wirtschaftlichen Macht. Und was für Krupp gilt, gilt auch für alle anderen Vertreter des reaktionären und aggressiven deutschen Finanz- und Monopolkapitals. Verflogen sind alle Illusionen über die Entflechtung und andere Maßnahmen, die den westdeutschen Arbeitern als „Schritte auf dem Wege zum Sozialismus“ dargestellt wurden.

Es ist Tatsache, daß unter amerikanischer Oberhoheit in Westdeutschland ein neuer deutscher Imperialismus großgezüchtet wird, der eine Politik der Revanche und der aggressiven Kriegsvorbereitung treibt. Die Bank- und Konzernherren versuchen, aus Westdeutschland ein Exerzierfeld und Aufmarschgebiet ausländischer imperialistischer Truppen zu machen und verschachern gleichzeitig die deutsche Jugend als Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg.

Ein Jahr nach unserem Vereinigungsparteitag hat der Spalter der Arbeiterbewegung, Schumacher, den Marshallplan in allen Tonarten gepriesen. Er erklärte auf dem Nürnberger Parteitag der SPD am 3. Juli 1947:

„Die große amerikanische Initiative und der soziale Gedanke in der Welt beweisen, daß der Humanismus die Idee der Zukunft ist.“

Schumacher ging noch weiter. In größter Ekstase erklärte er: „Die wirkliche Magna Charta der Deutschen ist der Marshallplan.“

Inzwischen kennt das deutsche Volk vier Jahre Praxis des Marshallplans. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese von Schumacher gepriesene sogenannte enorme Hilfeleistung nichts anderes ist als die Unterwerfung der deutschen Wirtschaft unter die Interessen der amerikanischen Kriegspolitik. Der zeitweilige

Sonderbotschafter für den Marshallplan, der amerikanische Millionär Harriman, nannte in der schlichten amerikanischen Geschäftssprache den Marshallplan

„einen internationalen Beitrag, aus dem Amerika seinen Gewinnanteil bezieht“.

Der Gewinnanteil der USA-Konzernherren verwandelte sich auf der anderen Seite in die große Verschuldung des Bonner Separatstaates und führte damit gleichzeitig zum rücksichtslosen Diktat des USA-Kapitals über die westdeutsche Grundstoffindustrie. Die westdeutsche Bevölkerung bezahlt den Marshallplan mit steigender Teuerung, mit ständiger Verschlechterung ihrer Lebenslage, mit chronischer Arbeitslosigkeit und mit dem wachsenden Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten.

Der Spalter Schumacher verlangte bei seinem Londoner Aufenthalt im Januar 1948 die Bildung eines alliierten Besatzungsstatuts. Mit dem von Schumacher geforderten Besatzungsstatut wird dem deutschen Volk der Friedensvertrag und die Wiederherstellung seiner nationalen Unabhängigkeit verweigert. Nicht genug mit dieser würdelosen Handlung schrie Schumacher vor einigen Monaten nach Vergrößerung der Besatzungstruppen. Von ihm stammt das Wort:

„Ich sehe nicht ein, warum die amerikanischen Divisionen unbedingt in Arizona oder in Texas ausgebildet werden sollen. Dies könne ebensogut in Deutschland geschehen.“

Die westdeutsche Bevölkerung erlebt jetzt die Erfüllung der Schumacherschen Forderung. Eine Division nach der anderen kommt von den USA nach Westdeutschland. Die Verwirklichung der Forderung Schumachers erhöht von Monat zu Monat die Besatzungskosten. Sie sind jetzt auf 7¹/₂ Milliarden Mark gestiegen und werden in kürzester Frist die phantastische Summe von 10 Milliarden erreichen.

Diese von dem Spalter Schumacher geforderte und unterstützte Politik eines Besatzungsstatuts und der Erhöhung der Zahl der Besatzungstruppen raubt Tausenden Bauern in Westdeutschland ihren Hof, jagt Zehntausende Umsiedlerfamilien aus den Kasernen, die man ihnen als Unterkunft gab, und stellt in zunehmendem Maße die westdeutsche Industrie auf Kriegsproduktion um.

Die nationale Würdelosigkeit dieses Schumacher geht jedoch noch weiter. Er erklärt, an einem Friedensvertrag sei ihm nichts gelegen. Er will Westdeutschland voll und ganz in den amerikanischen Kriegsblock einordnen. Seine Scheinopposition gegen die Remilitarisierung ist in Wirklichkeit das Eintreten für die bedingungslose und schrankenlose Aufrüstung, die er mit der Forderung nach einem sogenannten Volksheer tarnt.

Schumachers verderbliche Politik entspringt seinem Haß gegen die Kommunisten, entspringt der Feindschaft gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien, entspringt seiner infamen Hetze gegen unsere Deutsche Demokratische Republik.

Die Entwicklung in Westdeutschland und die Politik der Spaltung der Arbeiterbewegung zeigt mit überzeugender Anschaulichkeit, wie recht unser Vereinigungsparteitag hatte, wenn er in seinem Manifest sagte:

„Die Fortsetzung der Spaltung im Lager der Arbeiterbewegung, im Lager der Demokratie und des Sozialismus, würde Freiheit und Frieden von neuem gefährden und damit unser ganzes Leben als Volk und Nation aufs höchste bedrohen.“¹

Und so ist es in der Tat. Das Leben und die Existenz der deutschen Nation sind durch die Politik der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung in Westdeutschland aufs höchste bedroht. Der Schumanplan als Plan der Unterordnung der gesamten deutschen Wirtschaft unter die Erfordernisse der amerikanischen Kriegspolitik und die Aussicht auf Krieg und Untergang — das ist die Perspektive, die sich der gespaltenen westdeutschen Arbeiterklasse bietet.

Der einzige Weg zur Verhinderung dieser grauenvollen Wirklichkeit ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Schaffung einer großen gemeinsamen Front aller friedensgewillten, nationalbewußten Menschen in Westdeutschland.

Das deutsche Volk braucht keine Remilitarisierung und Aufrüstung. Es braucht weder den Marshallplan noch den Schumanplan. Das deutsche Volk braucht nur eines:

den Friedensvertrag für 1951 und die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit.

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 25.

Die Wiederherstellung der von den imperialistischen Westmächten zerrissenen Einheit unseres Vaterlandes ist für das Leben unseres Volkes von allergrößter Bedeutung. In dem Manifest unseres Vereinigungsparteitages heißt es:

„Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein!“¹

Die Geschichte hat inzwischen den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß die geeinte Arbeiterpartei auch der entschiedenste Vorkämpfer der Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands ist.

Die monopolkapitalistische Bourgeoisie hat in diesen letzten fünf Jahren einen Verrat nach dem anderen an den nationalen Interessen unseres Volkes verübt. Um ihre wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen zu erhalten und wiederherzustellen, hat sie sich zu einem würdelosen Bundesgenossen des anglo-amerikanischen Imperialismus bei der Zerreißung Deutschlands gemacht. Um an der durch die amerikanische Kriegspolitik ausgelösten Rüstungskonjunktur teilzuhaben, ordnet sie die deutsche Wirtschaft dem Rüstungsprogramm des amerikanischen Kriegsblocks unter. Um als Partner des amerikanischen Monopolkapitalismus anerkannt zu werden, betreibt sie die Remilitarisierung Westdeutschlands und setzt damit die Existenz unserer Nation aufs Spiel. Die deutschen Monopolkapitalisten anerkennen die Auslandsschulden Hitlerdeutschlands und verzichten auf die nationale Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands zugunsten des Beitritts zu der sogenannten europäischen Montan-Union.

Die Spalter der Arbeiterbewegung, die Schumacher, Ollenhauer, Reuter und Co. verdingen sich dabei zu Handlangern und Marktschreibern des amerikanischen und deutschen Monopolkapitals. Sie sind die gehässigsten Feinde einer gesamtdeutschen Verständigung, sie verleumden jede echte nationale Bewegung. Sie kämpfen mit Hetze und Terror gegen die Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages.

¹ Ebenda.

Aus Spaltern der Arbeiterbewegung wurden sie folgerichtig zu Zerstörern der Nation.

Angesichts dieser Situation in Westdeutschland ist es die nationale Aufgabe der Arbeiterklasse, für den Kampf gegen die Remilitarisierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951, für die Wiederherstellung der nationalen Einheit einzutreten. In diesem Kampf verteidigt die Arbeiterklasse die Interessen aller Schichten des Volkes, nicht nur der Bauernschaft und der Intellektuellen, sondern auch der Gewerbetreibenden und Unternehmer, sofern sie nicht an der Rüstungspolitik profitieren.

Aber nur die geeinte Arbeiterbewegung kann eine solche Politik des Bündnisses mit allen gesunden Kräften der Nation zum Erfolg führen. Darum steht die Forderung nach der Aktionseinheit gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages an erster Stelle unseres gesamtdeutschen Kampfes.

Mit der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages wenden wir uns an alle Deutschen, denen die Erhaltung des Friedens und das Leben unserer Nation am Herzen liegt. Jeder Deutsche ist vor eine klare Entscheidung gestellt. Wer dieser Volksbefragung fern bleibt, der entscheidet sich gegen den Frieden, gegen das Leben seines Volkes. Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, diese Bewegung für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung zu einem solchen Erfolg zu machen, daß die Pläne der amerikanischen und deutschen Kriegstreiber durchkreuzt werden.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands durch ihre führende Teilnahme an der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, durch die Politik der Regierung unter Führung des Genossen Grotewohl den Beweis erbracht, daß die geeinte Arbeiterklasse mit Erfolg eine gesamtdeutsche nationale Politik betreiben kann. Sie fand weiter ihren Ausdruck in dem Brief des Genossen Grotewohl an Adenauer, im Appell der Volkskammer an den Bundestag. Wir werden diesen Kampf mit der Mobilisierung aller Kräfte für die erfolgreiche Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages fortführen.

Unsere Politik der Entmilitarisierung und der Demokratisierung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik konnten wir erfolgreich durchführen, weil wir die aktive Unterstützung der Sowjetunion hatten und uns auch weiterhin ihrer erfreuen. Wir sind stolz über die Anerkennung, zu dem großen Lager des Friedens zu gehören, an dessen Spitze die Sowjetunion und der große Vorkämpfer des Friedens, Genosse Stalin, stehen.

Die Politik der Sowjetunion war und ist konsequent auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung ganz Deutschlands gerichtet. Wir erleben jetzt auf der Pariser Vorkonferenz der Außenminister, mit welcher Beharrlichkeit die Sowjetunion den Kampf führt. Es ist der Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands. Wir stehen in diesem Kampf vorbehaltlos an der Seite der Sowjetunion, weil wir damit die Lebensinteressen der deutschen Nation verteidigen.

Die große Linie der sowjetischen Politik war und ist darauf gerichtet, nach der Entmilitarisierung Deutschlands und Japans die Abrüstung aller Großmächte und das Verbot der Atomwaffe zu erreichen. Damit würde der Menschheit der langersehnte dauerhafte Friede gewährleistet sein.

Wir, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik die Entmilitarisierung durchgeführt haben, die wir die Kriegstreiber und Militaristen entmachten, wir haben das moralische und politische Recht von den Großmächten zu verlangen, daß sie auf die Abrüstungsvorschläge zur Sicherung des Friedens eingehen. Wir haben das moralische Recht, zu fordern, daß der von der Tagung des Weltfriedensrates vorgeschlagene Friedenspakt von allen fünf Mächten angenommen wird.

Es ist völlig klar, daß die großen und schwierigen Aufgaben der Partei nur dann gelöst werden können, wenn sie noch schneller und erfolgreicher als bisher auf dem Weg zu einer Partei neuen Typus voranschreitet. In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands einen großen und gesunden Prozeß der Verschmelzung der Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer einheitlichen Partei durchgemacht. Auf dem Weg zu einer marxistisch-leninistischen Partei sind wir ein gewaltiges Stück vorangekommen.

Das war kein glatter und einfacher Weg. Mit der Vereinigung

war selbstverständlich noch lange nicht die Überwindung des Sozialdemokratismus als eine der Arbeiterbewegung feindlichen Ideologie auf der einen Seite und die Überwindung des Sektierertums auf der anderen Seite erfolgt. Dazu bedurfte und bedarf es einer langjährigen Erziehungsarbeit und des entschlossenen Kampfes gegen alle parteifeindlichen Elemente. Unter dem elementaren Druck der Mitgliedermassen waren auch rechte Sozialdemokraten in die vereinigte Partei gekommen, die im Innern Feinde der Einheit und aktive Träger des Sozialdemokratismus geblieben waren. Sie hatten die Hoffnung, die vereinte Partei entweder auf die Position des Paktierens mit den Imperialisten zurückzuführen, oder aber sie zu spalten. Doch diese Herren hatten die Rechnung ohne den Willen der gewaltigen Mehrheit unserer Mitglieder gemacht.

Der konsequente Kampf unserer Partei für die demokratischen Umgestaltungen in Staat und Wirtschaft, der Kampf für die volle Anerkennung der führenden Rolle der KPdSU(B) in der internationalen Arbeiterbewegung, für die ewige Freundschaft mit der Sowjetunion, der beharrliche Kampf für die Anerkennung des Marxismus-Leninismus als der ideologischen und organisatorischen Grundlage unserer Partei, alles das hat dazu geführt, daß sich die Träger des Sozialdemokratismus entlarven mußten. Sie wurden im aktiven ideologischen Kampf geschlagen und aus der Partei entfernt.

Die Partei führte den Kampf aber auch gegen die Trotzlisten und alle Überreste parteifeindlicher Gruppierungen, die nach 1945 in der KPD und durch diese in der SED Zugang gefunden hatten. Die Aufdeckung der Verbindungen des amerikanischen Nachrichtendienstes zu Parteimitgliedern, die in der Emigration mit dem Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, Field, zusammengearbeitet haben, erzog die gesamte Partei zu erhöhter Wachsamkeit. Sie ließ die große Gefahr erkennen, die sich aus den ständigen Versuchen der imperialistischen Geheimdienste ergibt, ihre Agenten in die Reihen der Partei einzuschmuggeln und dort ihre zersetzende und zerstörende Arbeit zu betreiben.

Alle diese Versuche von dieser Seite sind zum Scheitern verurteilt. Unsere Partei lernt mit jedem Tage besser, die Ränke und Machenschaften ihrer imperialistischen Feinde, ganz gleich

in welcher Gestalt sie auftreten, zu erkennen und unschädlich zu machen.

In diesem Kampf hat die Partei eine große organisatorische Entwicklung und Festigung erfahren. Während bei der Vereinigung unsere Partei 1 146 285 Mitglieder zählte, waren es nach dem Stand vom 1. Dezember 1950 1 572 996 Mitglieder und Kandidaten. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß seit Beginn der Parteiüberprüfung die weitere Aufnahme von Kandidaten gesperrt ist.

Noch sichtbarer wird die Verankerung unserer Partei in den Massen des werktätigen Volkes, wenn wir das Wachstum unserer Betriebsgruppen betrachten. So zählten wir bei der Vereinigung 6401 Betriebsgruppen und mit dem Stand vom 31. Dezember 1950 24 605 Betriebsgruppen. Das ist eine Steigerung um 284 Prozent.

Der weitere Vormarsch auf dem Wege zur Partei neuen Typus hängt davon ab, wie wir es verstehen, die gesamte Partei mit der scharfen Waffe des Marxismus-Leninismus auszurüsten. Angesichts der großen und schwierigen Aufgaben, vor denen wir stehen, angesichts der Fehler und Mängel, die immer wieder in unserer Arbeit auftreten, möchte ich die gesamte Partei an die Weisung des Genossen Stalin erinnern, die er auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) gab:

„Man kann mit Gewißheit sagen: wenn wir es verstünden, unsere Kader in allen Zweigen der Arbeit ideologisch zu rüsten und sie in solchem Maße politisch zu stählen, daß sie sich in der inneren und internationalen Situation frei orientieren können, wenn wir es verstünden, sie zu völlig reifen Marxisten-Leninisten zu machen, fähig, die Frage der Leitung des Landes ohne ernsthafte Fehler zu entscheiden, so würden wir allen Grund haben, neun Zehntel aller unserer Fragen als bereits gelöst zu betrachten.“¹

Damit wird die große Bedeutung für die erfolgreiche Durchführung des Parteilehrjahres charakterisiert. Daraus ergibt sich auch die erstrangige Bedeutung, die in diesem Parteilehrjahr der Geschichte der KPdSU(B) eingeräumt ist. Vergessen wir nicht,

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 719.

daß die Geschichte der KPdSU(B) der Marxismus-Leninismus in Aktion ist. Die Partei Lenins und Stalins ist uns in allen Situationen das große Vorbild, sie ist die Führerin im weltumspannenden Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Aber bei der Meisterung des Marxismus-Leninismus ist es mit dem Bücherstudium allein nicht getan. Ob jemand den Marxismus-Leninismus meistert, ergibt sich am allerwenigsten aus dem Zitatenschatz, den er beherrscht. Die Meisterung des Marxismus-Leninismus zeigt sich in der Massenarbeit, im politischen Kampf und nicht zuletzt in der produktiven Arbeit unserer Betriebe.

Darum steht die marxistisch-leninistische Erziehung im Mittelpunkt der großen, umfassenden Arbeit, die gegenwärtig mit der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten geleistet wird. Sie bringt eine ernste ideologische Überprüfung der gesamten Mitgliedschaft. Sie zeigt der Partei, in welchen Fragen bei unseren Mitgliedern Unklarheiten bestehen, in welcher Richtung die marxistisch-leninistische Erziehungsarbeit entwickelt werden muß. Die Parteiüberprüfung fördert neue und fähige Kräfte, die in der Partei herangewachsen sind, und wird ihnen helfen, sich durch weitere Schulung in der Massenarbeit und in der Produktion zu bewähren.

Die Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten wird unsere Partei noch mehr als bisher ideologisch und organisatorisch festigen, eine allgemeine Verbesserung der Parteiarbeit mit sich bringen und die Verbindung mit den Massen zur Hebung der Autorität unserer Partei festigen.

Die Richtschnur unserer Arbeit und unseres Kampfes sind uns dabei die von Genossen Stalin im Jahre 1925 für die Entwicklung einer Partei neuen Typus formulierten zwölf Grundbedingungen:

Genosse Stalin ermahnte die Partei, sich als die höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats zu betrachten, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen zu führen; sich der revolutionären Theorie des Marxismus voll zu bemächtigen; ihre Losungen und Direktiven als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstabe

auszuarbeiten; die Richtigkeit ihrer Losungen an der schöpferischen Erfahrung der breiten Massen zu überprüfen; ihre gesamte Arbeit auf revolutionäre Art umzubauen; größte Prinzipienfestigkeit mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen zu verbinden; eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit zu verbinden; ihre Fehler nicht zu verhüllen und Kritik nicht zu fürchten, ihre Kader an Hand ihrer Fehler zu verbessern und zu erziehen; in die grundlegende leitende Gruppe der Partei die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen; sich von zersetzenden opportunistischen Elementen zu reinigen und die Erreichung der maximalen Einheitlichkeit anzustreben; eine eiserne proletarische Disziplin zu entwickeln und die Durchführung ihrer Beschlüsse und Direktiven systematisch zu überprüfen.

Es ist völlig klar, je besser unsere Partei es versteht, diese zwölf Grundbedingungen zu verwirklichen, um so erfolgreicher wird sie imstande sein, ihre großen historischen Aufgaben zu lösen.

Gestattet, daß ich meine Ausführungen abschließe, indem ich die für uns so ehrenvolle Einschätzung hier wiederhole, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) in seinem Begrüßungsschreiben an unseren III. Parteitag zur Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegeben hat. In diesem Begrüßungsschreiben hieß es:

„Getreu den revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats ist die Sozialistische Einheitspartei die Hauptkraft aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Deutschlands in ihrem Kampf um die endgültige Ausrottung des Militarismus und der Reaktion, um die Liquidierung der Folgen des Krieges, in den der Faschismus das deutsche Volk gestürzt hat.

In den vergangenen fünf Jahren erzielte die Partei gemeinsam mit den anderen demokratischen Organisationen große Erfolge in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands und sicherte den unaufhaltsamen Aufschwung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur und die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Volksmassen.

Die Sozialistische Einheitspartei leistet durch ihren ganzen Kampf um die Schaffung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates einen historischen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa.¹

Seitdem unsere Partei diese bolschewistische Einschätzung erhielt, sind ihre historischen Aufgaben zur Sicherung des Friedens in Europa noch gewaltig gewachsen. In Westdeutschland wird mit der aktiven Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht und dank der Spaltung der Arbeiterklasse ein neuer Militarismus gezüchtet und ein neuer Krieg vorbereitet. Mehr noch als für alle Völker der Welt gelten gerade für das deutsche Volk die Worte Stalins, daß

„jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung“² ist.

Gerade in Deutschland kommt es jetzt darauf an, den Kampf so zu führen, daß die breitesten Massen des Volkes nach den Weisungen Stalins

„die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen“³.

Die erste und vordringlichste Aufgabe der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse ist darum der Kampf gegen die Remilitarisierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages und für die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands. Dieser großen Aufgabe dienen alle unsere Anstrengungen und unsere Arbeit für unseren großen Friedensplan, für den Fünfjahrplan zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft.

Genossinnen und Genossen! Am fünften Jahrestag der Gründung unserer Partei wollen wir das Gelöbnis ablegen, unsere Kräfte nicht zu schonen, um diese großen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen. Setzen wir alles daran, um unsere Sozialistische Einheitspartei auch weiterhin ideologisch

¹ „Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1.—3. Verhandlungstag“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 178.

² „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

³ Ebenda.

und organisatorisch zu festigen. Stärken wir ihre führende Rolle im großen nationalen Kampf unseres Volkes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951.

Mobilisieren wir die Werktätigen zu noch größeren Leistungen für die Planerfüllung des ersten Jahres des Fünfjahrplans. Festigen wir die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik.

In diesem Geiste, Genossinnen und Genossen, vorwärts zu neuer Arbeit, vorwärts zu neuen Siegen!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Es lebe die Freundschaft mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik Polen und allen volksdemokratischen Ländern und der friedliebenden Welt!

Es lebe unser ruhmreiches Vorbild, die Kommunistische Partei der Sowjetunion!

Es lebe der Lehrer und Führer der internationalen Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen, Genosse Stalin!

„SED-Pressedienst“ vom 23. April 1951.

Es lebe und gedeihe die deutsch-polnische Freundschaft!

*Rede auf dem Staatsbankett für den Präsidenten der Volks-
republik Polen, Boleslaw Bierut, in Berlin
22. April 1951*

Hochverehrter teurer Präsident!

Meine Damen und Herren!

Nach meinem Besuch in Warschau, der in so überaus herzlicher Atmosphäre verlief und in mir unauslöschliche Eindrücke zurückließ, ist es mir eine außerordentliche Freude, nunmehr Sie, hochverehrter Herr Präsident, als meinen Gast in Berlin begrüßen zu können. Das ganze friedliebende deutsche Volk betrachtet Ihren Besuch in der Hauptstadt Deutschlands als Ausdruck einer festen und dauerhaften Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern und heißt Sie herzlich willkommen.

In den Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und dem polnischen Volk ist ein grundlegender Umschwung eingetreten. Früher haben preußisch-deutsche Junker, Generale und Kapitalmagnaten in ihrem sogenannten Drang nach dem Osten Polen mit Krieg und Raub überzogen, es zerstückt, gebrandschatzt und große Teile seiner Bevölkerung hingemordet. Die deutschen Imperialisten traten allen Nachbarvölkern gegenüber als Kriegsbrenner und Räuber auf. Ihre abscheulichen Eigenschaften offenbarten sich am stärksten gegenüber dem Nachbarn im Osten, dem polnischen Volk.

Die Deutsche Demokratische Republik, der erste friedliebende und wirklich demokratische deutsche Staat, stellt seine Beziehungen zu Polen auf völlig neue Grundlagen, nämlich auf den Frieden und die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, auf die Beziehungen gegenseitiger Hilfe und Unterstützung.

Dieser historische Umschwung ist möglich geworden, weil im Jahre 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution siegte, die

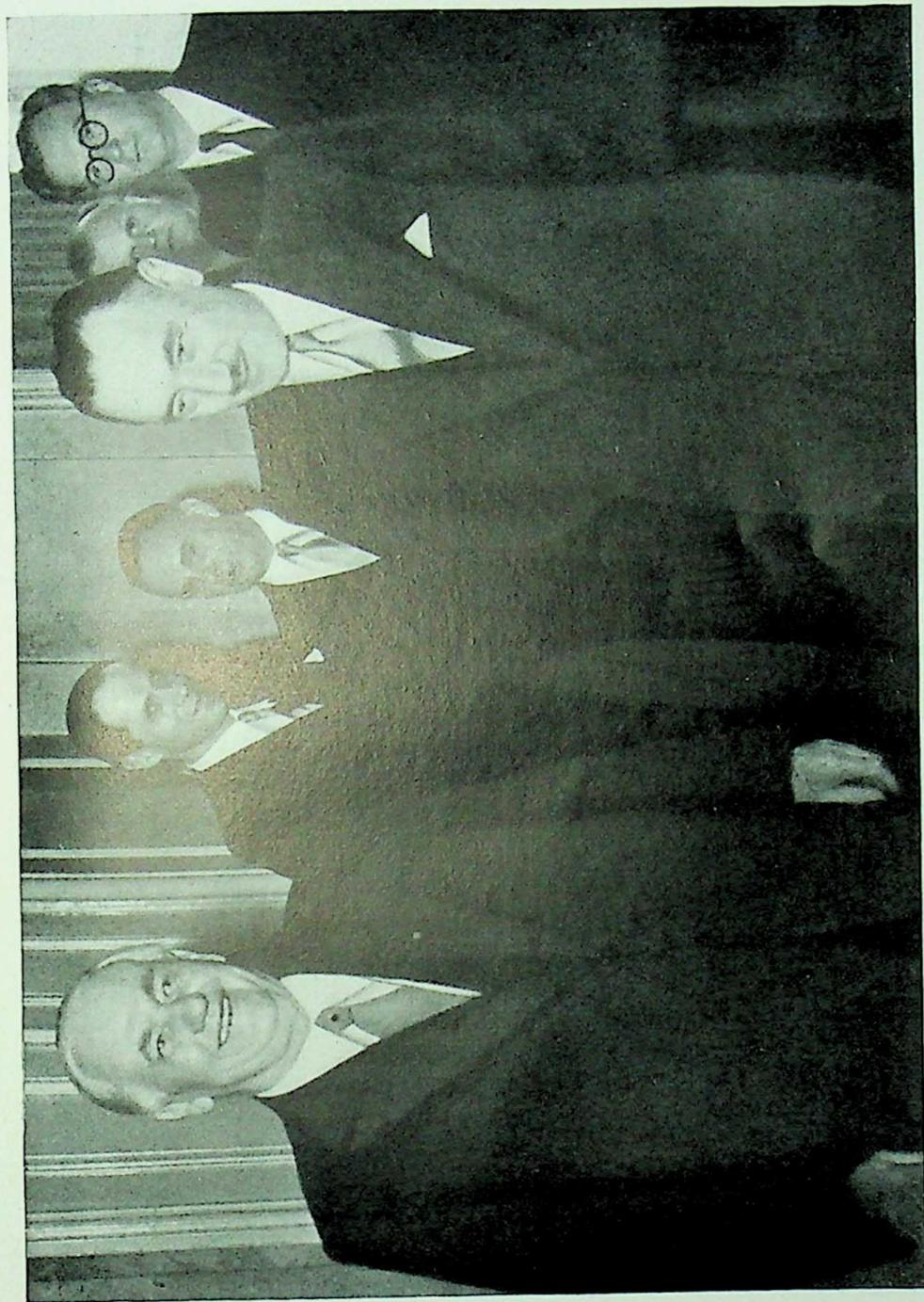
eine neue Ära der Weltgeschichte einleitete und ein völlig neues Prinzip in den Beziehungen unter den Völkern zur Geltung brachte: das Prinzip der Freiheit und der Gleichberechtigung, der nationalen Selbstbestimmung aller Völker, das Prinzip der Freundschaft unter allen friedliebenden Völkern.

Weil die heroische Sowjetarmee den blutrünstigen Hitlerismus vernichtete und damit sowohl das polnische als auch das deutsche Volk befreite, konnte ein grundlegender Umschwung in den deutsch-polnischen Beziehungen eintreten.

Der Frieden und die Freundschaft zwischen unseren Völkern sind fest fundiert. Der neue, volksdemokratische polnische Staat und die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik sind sichere Garanten dieser Freundschaft. Zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk ist eine wirkliche Freundschaft gleichberechtigter Partner möglich, weil sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Republik Polen eine neue Ordnung errichtet ist, die trotz vieler sonstiger Unterschiede das Gemeinsame hat, eine antiimperialistische, auf die Erhaltung des Friedens unter den Völkern gerichtete Ordnung zu sein. Die Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkspolen ist ehrlich, fest und dauerhaft, weil sie sich auf die gemeinsame Freundschaft unserer beiden Völker zum heldenhaften großen Sowjetvolk stützen kann, weil sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern im Geiste der Lenin-Stalinschen Nationalitätenpolitik, im Geiste des Friedenskampfes des großen Stalin entwickelten.

Ihr Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik, lieber und verehrter Herr Präsident, und der feste Händedruck, den wir bei Ihrem Eintreffen in Berlin wechselten, bekräftigen aufs neue, daß die Deutsche Demokratische Republik und die volksdemokratische Republik Polen fest und unerschütterlich zum antiimperialistischen Lager des Friedens und der Demokratie gehören, an dessen Spitze die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken steht.

Seit Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die nach den Worten von Generalissimus Stalin einen Wendepunkt in der Geschichte Europas darstellt, haben sich die gutnachbar-



Präsident Boleslaw Bierut und Präsident Wilhelm Pieck beim Empfang in Schloß Niederschönhausen



lichen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Volkspolen immer mehr entwickelt.

Unsere beiden Regierungen arbeiten Hand in Hand und sind bemüht, dem Frieden in Europa zu dienen. Die deutsch-polnische Friedensgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße wurde zum Ausdruck dieser gemeinsamen Politik des Kampfes um den Frieden. Mit der Markierung dieser Grenze sind normale und beständige Verhältnisse geschaffen worden, die keinen Raum mehr lassen für Grenzstreitigkeiten, wie sie früher zwischen Deutschland und Polen an der Tagesordnung waren.

Die gegenseitige wirtschaftliche Hilfe zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volkspolen konnte immer mehr entfaltet werden. Die Erweiterung des gegenseitigen Warenaustausches wird sich zum Vorteil beider Völker auswirken. Der vor seinem Abschluß stehende neue Handelsvertrag wird uns helfen, die Aufgaben des Fünfjahrplans zum Aufbau einer starken, leistungsfähigen deutschen Friedenswirtschaft zu erfüllen, und er wird dem polnischen Volk helfen, die Aufgaben des Sechsjahrplans zur Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus in Volkspolen zu erfüllen.

Ganz besonders fruchtbar wirkte sich bereits der Erfahrungsaustausch zwischen den Aktivisten des friedlichen Aufbaus in Volkspolen und in der Deutschen Demokratischen Republik aus. Wir haben es dankbar begrüßt, daß im Laufe der letzten Wochen hervorragende Neuerer der Produktions- und Arbeitsmethoden aus dem Bergbau und der Bauindustrie Polens nach der Deutschen Demokratischen Republik gekommen sind, um unseren Aktivisten zu helfen, eine höhere Produktivität der Arbeit und ein beschleunigtes Tempo des friedlichen Aufbaus zu entfalten. Gerade dieser Erfahrungsaustausch unter den Aktivisten, die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen, festigt die deutsch-polnische Freundschaft, denn die Solidarität der deutschen und der polnischen Arbeiterklasse ist das Rückgrat der Freundschaft zwischen beiden Völkern!

Viel ist in kurzer Zeit auch auf dem Gebiete des technisch-wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches geleistet worden. Diese gegenseitige Hilfe trägt viel dazu bei, in unseren Ländern Wissenschaft und Technik im Dienste des friedlichen Aufbaus

schneller zu entwickeln, wobei beide Partner zugleich gebender und nehmender Teil sind.

Zu unserer Freude hat sich auch der Austausch der Errungenschaften und Leistungen auf dem Gebiete der Kultur recht erfreulich gestaltet. Ein besonderer Anlaß dazu war der Monat der deutsch-polnischen Freundschaft, den wir im März durchgeführt haben. Dieser Freundschaftsmonat brachte beide Völker einander näher und vertiefte das freundschaftliche Verhältnis unter der Bevölkerung unserer Länder.

Die Zusammenarbeit unter den demokratischen Organisationen beider Länder gestaltet sich immer enger. Die herzliche Freundschaft zwischen der deutschen und der polnischen Jugend öffnet uns den Blick auf eine zukünftige und engere Zusammenarbeit beider Nationen im Interesse des Fortschritts der Menschheit.

Das polnische Volk steht vor der Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus. Sie, Herr Präsident, haben in Ihrer wissenschaftlich sehr bedeutsamen Rede auf dem 6. Plenum des Zentralkomitees Ihrer Partei am 17. Februar über die Entwicklungsphasen des polnischen Volkes die richtungweisenden Sätze gesprochen:

„Seit Jahrhunderten vollziehen sich im polnischen Volk tiefgreifende Umgestaltungen, und heute tritt das polnische Volk in seine Blütezeit, denn es wird eine sozialistische Nation. Der Machtantritt der polnischen Arbeiterklasse im Jahre 1944 war der Anfang einer neuen geschichtlichen Periode, in der sich die bürgerliche Nation in eine sozialistische Nation mit einer neuen Wirtschaftsordnung, mit einer neuen Klassenzusammensetzung, mit einem neuen moralischen und politischen Antlitz verwandelt. Folglich durchläuft unser Volk im gegenwärtigen Geschichtsabschnitt einen außerordentlich tiefgreifenden Prozeß der Umgestaltung und des Hinüberwachsens in eine sozialistische Gesellschaft.“

Wir, in der Deutschen Demokratischen Republik, stehen unter den andersgearteten Verhältnissen vor der Aufgabe, mit verstärkter Kraft den Kampf um ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland zu führen, wobei es besonders um die Sicherung des Friedens geht.

Seit unserer Begegnung in Warschau hat sich infolge der verstärkten Aggressionspolitik des imperialistischen Lagers die weltpolitische Situation weiter verschärft. Diese Verschärfung kommt zum Ausdruck in der neuen Phase des Interventionskrieges des USA-Imperialismus in Korea und den Verletzungen der Integrität des Gebietes der Volksrepublik China, in der Entfesselung des Konfliktes um die persischen Ölquellen sowie in einer Reihe anderer Provokationen der imperialistischen Kriegshetzer.

Da Westdeutschland für die Kriegspläne des imperialistischen Lagers von besonderer Bedeutung ist, wird die Remilitarisierung Westdeutschlands auf USA-Befehl mit verstärktem Eifer betrieben.

Die imperialistischen Interventionstruppen auf westdeutschem Gebiet werden fortgesetzt verstärkt. Als Hilfsabteilungen der amerikanischen, britischen und französischen Truppen, als motorisierte und kasernierte Polizeitruppen oder offen als Militärformationen werden fortlaufend neue westdeutsche Söldnertruppen geschaffen. In Westdeutschland ist die Wiedererrichtung der Militärstreitkräfte in vollem Gange. Dabei nehmen die alten Konzernherren und Hitlergenerale wieder ihren alten Platz ein und sind dabei, den deutschen Imperialismus wiederherzustellen.

Gleichzeitig wird auch die Rüstungsindustrie in Westdeutschland wiederaufgebaut. Durch den Schumanplan wird für die Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie der beteiligten Länder ein Supermonopol geschaffen, um dem USA-Imperialismus für den geplanten neuen Krieg eine große europäische Waffenschmiede verfügbar zu machen. Der Schumanplan ist ein Komplott der westdeutschen Imperialisten mit den Imperialisten Frankreichs, Italiens und den übrigen Schumanplan-Ländern unter der Schirmherrschaft der USA, das gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas, gegen den Lohn, den Achtstundentag und die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter dieser Länder gerichtet ist.

Unter schnödem Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam und im schärfsten Gegensatz zu den Interessen sowohl des deutschen, des polnischen, des tschechoslowakischen wie auch des italienischen, französischen und englischen Volkes und aller übr-

gen europäischen Völker fördern die westlichen imperialistischen Regierungen die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und der alldeutschen Revanchepolitik. Zahlreiche Völker Europas haben die Barbarei des deutschen Militarismus und Imperialismus am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Sie verstehen daher, was es für den Frieden und die Sicherheit der benachbarten Völker bedeutet, wenn sich dieses Raubtier von neuem erhebt und anschickt, um die Aufteilung und Beherrschung der Welt zusammen mit dem USA-Imperialismus Krieg zu führen. Die Politik der amerikanischen Imperialisten, die den Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland wiederaufrichtet, bedroht den Frieden und die Existenz aller Völker Europas.

Deshalb müssen die Friedenskräfte in der ganzen Welt den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands mit aller Entschlossenheit führen und eine friedliche Regelung des Deutschlandproblems durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 fordern.

Die Regierung Adenauer und die Clique um Schumacher sind auf Gedeih und Verderb mit den westdeutschen imperialistischen Mächten verbunden. Sie sind die Sachwalter der Interessen der westdeutschen Kohlen- und Stahlkönige. Die Bonner Regierung und der Bundestag haben die Vorschläge zu einer friedlichen Regelung der Lebensfragen des deutschen Volkes frech und höhnisch zurückgewiesen. Ihr Programm ist der Krieg. Weil sie wissen, daß alle ehrlich arbeitenden Menschen in Westdeutschland die Remilitarisierungspolitik ablehnen, verweigern sie der Bevölkerung Westdeutschlands das elementarste demokratische Recht einer Volksbefragung über die Remilitarisierung.

Daher hat jetzt das deutsche Volk selbst das Wort. Es wird sich der Willkür der Adenauer und Schumacher nicht beugen. In einer großen Volksbefragung wird es seine Entscheidung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 selbst treffen.

Die friedliebenden Völker Europas haben erkannt, daß die Unterstützung der Friedenskräfte in Deutschland notwendig ist. Für diese Unterstützung sind wir dankbar, und wir dürfen wohl auch Ihren Besuch, Herr Präsident, als Ausdruck der Verbundenheit des friedliebenden polnischen Volkes mit den Friedens-

kräften Deutschlands betrachten, besonders auch mit den Friedenskräften in Westdeutschland, die einen schweren Kampf gegen chauvinistische Lügenhetze und brutalen Terror zu führen haben.

Ihre Reise in die Deutsche Demokratische Republik, Herr Präsident, hat eine besondere internationale Bedeutung, weil sie in eine Zeit fällt, wo die Regierung der UdSSR unter Leitung von Generalissimus Stalin ihre Bemühungen verstärkt, um zu einem Friedenspakt der fünf Großmächte zu kommen, die Atomwaffe zu ächten, den Rüstungsstand der Großmächte herabzusetzen und andere den Frieden sichernde Maßnahmen zu verwirklichen. Die Regierung der Sowjetunion tritt auf der Pariser Vorkonferenz durch ihren Vertreter Gromyko unermüdlich für eine solche Tagesordnung der Außenministerkonferenz ein, die es ermöglicht, eine klare Behandlung und eindeutige Lösung der Probleme zu finden, durch die die internationalen Spannungen geschaffen und verschärft werden. Alle friedliebenden Menschen lehnen die zahllosen Ausflüchte, Ablenkungs- und Vernebelungsversuche der Vertreter der westlichen Regierungen auf der Pariser Vorkonferenz ab und begrüßen die Bemühungen Gromykos, die Frage der Remilitarisierung Deutschlands auf die Tagesordnung des Außenministerrats zu setzen, weil die Wiedererrichtung der Militärstreitkräfte und der Rüstungsindustrie in Westdeutschland die größte Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges darstellt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland rufen in dieser Situation alle gesunden Kräfte unseres Volkes auf zum Kampfe für den Frieden, für die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Friedens und der Demokratie und für feste und dauerhafte Freundschaft mit den Sowjetvölkern, mit dem polnischen Volke und allen friedliebenden Völkern.

Ihr Besuch, Herr Präsident, ist uns in diesem Kampfe, den unsere beiden Völker Seite an Seite gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, führen, Hilfe und Ermutigung. Wir wissen, daß der Frieden den Krieg besiegen wird, wenn, wie Josef Wissarionowitsch Stalin sagte,

gen europäischen Völker fördern die westlichen imperialistischen Regierungen die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und der alldeutschen Revanchepolitik. Zahlreiche Völker Europas haben die Barbarei des deutschen Militarismus und Imperialismus am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Sie verstehen daher, was es für den Frieden und die Sicherheit der benachbarten Völker bedeutet, wenn sich dieses Raubtier von neuem erhebt und anschickt, um die Aufteilung und Beherrschung der Welt zusammen mit dem USA-Imperialismus Krieg zu führen. Die Politik der amerikanischen Imperialisten, die den Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland wiederaufrichtet, bedroht den Frieden und die Existenz aller Völker Europas.

Deshalb müssen die Friedenskräfte in der ganzen Welt den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands mit aller Entschlossenheit führen und eine friedliche Regelung des Deutschlandproblems durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 fordern.

Die Regierung Adenauer und die Clique um Schumacher sind auf Gedeih und Verderb mit den westdeutschen imperialistischen Mächten verbunden. Sie sind die Sachwalter der Interessen der westdeutschen Kohlen- und Stahlkönige. Die Bonner Regierung und der Bundestag haben die Vorschläge zu einer friedlichen Regelung der Lebensfragen des deutschen Volkes frech und höhnisch zurückgewiesen. Ihr Programm ist der Krieg. Weil sie wissen, daß alle ehrlich arbeitenden Menschen in Westdeutschland die Remilitarisierungspolitik ablehnen, verweigern sie der Bevölkerung Westdeutschlands das elementarste demokratische Recht einer Volksbefragung über die Remilitarisierung.

Daher hat jetzt das deutsche Volk selbst das Wort. Es wird sich der Willkür der Adenauer und Schumacher nicht beugen. In einer großen Volksbefragung wird es seine Entscheidung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland noch im Jahre 1951 selbst treffen.

Die friedliebenden Völker Europas haben erkannt, daß die Unterstützung der Friedenskräfte in Deutschland notwendig ist. Für diese Unterstützung sind wir dankbar, und wir dürfen wohl auch Ihren Besuch, Herr Präsident, als Ausdruck der Verbundenheit des friedliebenden polnischen Volkes mit den Friedens-

kräften Deutschlands betrachten, besonders auch mit den Friedenskräften in Westdeutschland, die einen schweren Kampf gegen chauvinistische Lügenhetze und brutalen Terror zu führen haben.

Ihre Reise in die Deutsche Demokratische Republik, Herr Präsident, hat eine besondere internationale Bedeutung, weil sie in eine Zeit fällt, wo die Regierung der UdSSR unter Leitung von Generalissimus Stalin ihre Bemühungen verstärkt, um zu einem Friedenspakt der fünf Großmächte zu kommen, die Atomwaffe zu ächten, den Rüstungsstand der Großmächte herabzusetzen und andere den Frieden sichernde Maßnahmen zu verwirklichen. Die Regierung der Sowjetunion tritt auf der Pariser Vorkonferenz durch ihren Vertreter Gromyko unermüdlich für eine solche Tagesordnung der Außenministerkonferenz ein, die es ermöglicht, eine klare Behandlung und eindeutige Lösung der Probleme zu finden, durch die die internationalen Spannungen geschaffen und verschärft werden. Alle friedliebenden Menschen lehnen die zahllosen Ausflüchte, Ablenkungs- und Vernebelungsversuche der Vertreter der westlichen Regierungen auf der Pariser Vorkonferenz ab und begrüßen die Bemühungen Gromykos, die Frage der Remilitarisierung Deutschlands auf die Tagesordnung des Außenministerrats zu setzen, weil die Wiedererrichtung der Militärstreitkräfte und der Rüstungsindustrie in Westdeutschland die größte Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges darstellt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland rufen in dieser Situation alle gesunden Kräfte unseres Volkes auf zum Kampfe für den Frieden, für die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Friedens und der Demokratie und für feste und dauerhafte Freundschaft mit den Sowjetvölkern, mit dem polnischen Volke und allen friedliebenden Völkern.

Ihr Besuch, Herr Präsident, ist uns in diesem Kampfe, den unsere beiden Völker Seite an Seite gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus, führen, Hilfe und Ermutigung. Wir wissen, daß der Frieden den Krieg besiegen wird, wenn, wie Josef Wissarionowitsch Stalin sagte,

„die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen“¹

Es lebe die Republik Polen und ihr im Friedens- und Freiheitskampf der Völker so verdienter Präsident Boleslaw Bierut!

Es lebe und gedeihe die deutsch-polnische Freundschaft!

Es lebe und gedeihe die Freundschaft unserer beiden Völker mit den Völkern der Sowjetunion, die an der Spitze der Weltfriedensbewegung marschieren!

Es lebe Generalissimus Stalin, der große Freund des deutschen und des polnischen Volkes, der Lehrer und Führer der Menschheit in ihrem Kampf um Frieden und Demokratie!

„Neues Deutschland“ vom 24. April 1951.

¹ „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

Tag der Befreiung — Tag des Dankes an die Sowjetunion

Die Deutsche Demokratische Republik hat den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zum gesetzlichen Feiertag erhoben. Am 8. Mai 1945 unterzeichnete das hitlersche Oberkommando, vertreten durch die Hitlergenerale Keitel, Friedeburg und Stumpf, die „Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte“. Damit wurde, wie es im Gesetz über die Einführung des „Tages der Befreiung“ heißt, der

„Schlußstrich unter ein Kapitel deutscher Geschichte gezogen, dessen Inhalt Schrecken und Gewalt, Unterdrückung jeder fortschrittlichen Entwicklung war“.

Von diesem Schlußstrich konnte ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes als einer demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Nation seinen Anfang nehmen. Er konnte aber auch zum Schlußstrich unter die selbständige Existenz einer einheitlichen und unabhängigen deutschen Nation werden. Das erste war das Ziel der von Stalin begründeten und verfochtenen Friedenspolitik der Sowjetunion. Das zweite war das Ziel der Zerstückelungspolitik der herrschenden imperialistischen Kreise der USA und Englands. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt: Der Sowjetunion und vor allem ihrem genialen Heerführer und Staatsmann, dem Genossen Stalin, verdankt das deutsche Volk nicht nur die Befreiung von der faschistischen Blutherrschaft und — in einem Drittel Deutschlands — auch von den reaktionären Kräften des deutschen Imperialismus, sondern darüber hinaus auch die Erhaltung seiner nationalen Existenz.

Wäre es nach den Wünschen und Absichten der amerikanischen und englischen Imperialisten gegangen, so hätte die be-

dingungslose Kapitulation des hitlerschen Oberkommandos und die Zerschlagung des nazistischen Staatsapparates jeder nationalen Selbständigkeit des deutschen Volkes und dem deutschen Staate überhaupt ein Ende bereitet. Auf Grund von dokumentarischen Berichten direkt oder indirekt beteiligter amerikanischer Politiker, wie Elliot Roosevelt, Hopkins, Marshall, Harri- man und Cordell Hull, gab der französisch lizenzierte Berliner „Kurier“ folgende zusammenfassende Darstellung der Pläne für die Zerstückelung Deutschlands, die von den USA und England auf der Teheraner Konferenz im November/Dezember 1943 ver- treten wurden:

„Roosevelt trat für die Aufteilung des Reiches in mehrere souveräne Länder ein: ein verkleinertes Preußen, ein Niedersachsen, ein Groß- hessen mit der Pfalz, ein weiterer Staat im Süden, der durch den Zu- sammenschluß von Bayern, Württemberg und Baden gebildet werden sollte, schließlich noch im Norden ein Staat aus Hamburg und den Gebieten nördlich und südlich des Kieler Kanals. Die beiden Industrie- gebiete an Ruhr und Saar sollten dem deutschen Volke genommen und unter eine internationale politische und wirtschaftliche Kontrolle ge- stellt werden.

Churchill wollte Preußen von Deutschland loslösen und die süddeut- schen Staaten in eine zu gründende Donauföderation einschließen.“¹

Diese Pläne der Zerstückelung Deutschlands und der Vernich- tung des deutschen Staates scheiterten an dem Widerstand der sowjetischen Vertreter unter Führung von Generalissimus Stalin. Diese Tatsache mußte das französisch orientierte Berliner Blatt sogar auf Grund der amerikanischen Quellen eingestehen.

Aber weder die amerikanischen noch die englischen Imperia- listen gaben ihre Pläne der Zerstückelung und Auslöschung Deutschlands als einheitlicher Nation so ohne weiteres auf. Auf der amerikanisch-englischen Konferenz von Quebec im Septem- ber 1944 kamen sie dahin überein, daß das Ruhr- und das Saar- gebiet industriell außer Betrieb zu setzen und den Vereinten Nationen zu übergeben sei. Die von Roosevelt und Churchill unterzeichnete Vereinbarung schließt mit den Worten:

¹ „Kurier“ vom 22. Dezember 1948.

„Dieses Programm, das im Hinblick auf die Ausschaltung der Kriegsindustrie des Ruhr- und des Saargebietes aufgestellt wurde, hat die Umwandlung Deutschlands in ein Land zum Ziel, das in erster Linie den Charakter des Ackerbaus und der Weidewirtschaft trägt.“

Damit wurde der sogenannte Morgenthauplan, der nicht nur die Zerstückelung Deutschlands, sondern auch die Vernichtung seiner hochentwickelten industriellen Erzeugung zum Ziele hatte, faktisch zum Programm beider Regierungen erhoben. Man ließ es nicht an Versuchen fehlen, auch die Sowjetregierung dafür zu gewinnen. Auf der Moskauer Außenministertagung konnte Genosse Molotow am 11. April 1947 — ohne Widerspruch zu finden — feststellen:

„Etwa ein Jahr nach Teheran, und zwar im Oktober 1944, kamen Herr Churchill, der damalige Premierminister Großbritanniens, und Herr Eden, der damalige Außenminister Großbritanniens, nach Moskau. In den Verhandlungen mit der Sowjetregierung unterbreiteten Herr Churchill und Herr Eden im Namen der britischen Regierung ihren Plan der Aufteilung Deutschlands. Diesmal bestand der Vorschlag darin, Deutschland in drei Teile aufzuteilen.“¹

Gegenüber solchen Ansinnen hatte Genosse Stalin bereits am 23. Februar 1942 vor aller Welt seine berühmte Erklärung abgegeben, daß

„die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“².

In seiner Rede zum 25. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte Genosse Stalin am 6. November 1942 drei Aufgaben im Krieg gegen Hitlerdeutschland formuliert: Erstens: „den Hitlerstaat und seine Inspiratoren zu vernichten“; zweitens: „die Hitlerarmee und ihre Führer zu vernichten“; drittens: „die verhaßte ‚Neuordnung Europas‘ zu zerstören und ihre Träger zu bestrafen“. Bei der Entwicklung dieser Aufgaben aber hatte er auch klar und unmißverständlich erklärt:

„Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Rußland zu vernichten.“³

¹ W. M. Molotow, „Fragen der Außenpolitik“, Moskau 1949, S. 462.

² J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 50.

³ Ebenda, S. 84.

Heute tritt die geniale Weitsicht dieser Stalinschen Aufgabenstellung besonders anschaulich hervor. Nur wenn der faschistische Gewaltapparat zerschlagen und seine monopolkapitalistischen Hintermänner entmachtete, wenn die faschistische Armee zerschlagen und der preußisch-deutsche Militarismus samt seiner sozialen Wurzeln ausgerottet, und wenn die Kriegsverbrecher schonungslos bestraft wurden, war es möglich, die nationale Existenz des deutschen Volkes zu sichern und einen einheitlichen, friedfertigen, demokratischen deutschen Staat im Herzen Europas zu schaffen. Diese Stalinsche Friedenspolitik sprach aus der Erklärung von Jalta, in der im Februar 1945 entgegen den imperialistischen Zerstückerungsplänen gesagt wurde:

*„Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten; aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“*¹

Die antifaschistisch-demokratischen Politiker Deutschlands wußten um die Zerstückerungs- und Vernichtungspläne amerikanisch-englischer imperialistischer Kreise. Für sie war es eine besonders große Genugtuung und ein Ansporn für die Lösung der schweren Aufgaben, die nunmehr vor ihnen standen, als Stalin am Tage nach der bedingungslosen Kapitulation, am 9. Mai 1945, erklärte:

*„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“*²

Das Potsdamer Abkommen konnte zur festen Grundlage der Politik der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland eben darum werden, weil in ihm die entscheidenden Grundsätze der Stalinschen Politik ihren Niederschlag gefunden hatten. Das Potsdamer Abkommen sah vor, daß die Kriegsverbrecher und ihre Hintermänner ihre gerechte Bestrafung erhalten, die zu ihrer völligen Entmachtung in Deutschland führen mußte. Die konsequente Durchführung dieses Grundsatzes befreite in der damaligen sowjetischen Besatzungszone das deutsche Volk von den kriegslüsternden, raubgierigen Kräften des deutschen Imperia-

¹ „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 9.

² J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 223.

lismus. Das Potsdamer Abkommen sah die völlige Entmilitarisierung Deutschlands vor. Seine konsequente Erfüllung brachte dem deutschen Volk also auch die Befreiung vom preußisch-deutschen Militarismus, der es dem deutschen Imperialismus erst ermöglicht hatte, im Laufe eines Menschenalters zwei Weltkriege zu führen. Das Potsdamer Abkommen sah eine Wiedergutmachung der unermesslichen Schäden vor, die der Hitlerfaschismus den Völkern Europas zugefügt hatte. Damit brachte es auch eine Befreiung von der Schmach und Schande, die der Hitlerfaschismus auf das deutsche Volk gehäuft hatte. Dabei sollten dem deutschen Volk aber ausreichende Hilfsquellen überlassen bleiben, damit es ohne Unterstützung von außen existieren könne. Das war jedoch nur möglich, wenn Deutschland, wie das Potsdamer Abkommen es vorsah, während der Besetzung als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes behandelt wird.

Der Sieg der Stalinschen Politik, wie er sich im Potsdamer Abkommen dokumentiert, befreite also das deutsche Volk nicht nur von der blutigen Tyrannei der Hitlerherrschaft und des kriegslüsternen deutschen Imperialismus, er rettete es auch aus der Gefahr des nationalen Untergangs. Er durchkreuzte die imperialistischen Pläne der Zerstückelung Deutschlands und der Vernichtung des deutschen Staats. Darin liegt eine der entscheidenden Ursachen dafür, daß der 8. Mai, der Tag der Befreiung, für uns auch ein Tag des Dankes an die Sowjetunion ist.

Noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz war am 10. Juni 1945 im Bereich der sowjetischen Besatzungszone die Bildung politischer Parteien zugelassen worden. Die Sowjetunion hatte damit als erste und einzige Besatzungsmacht den antifaschistisch-demokratischen Kräften Deutschlands, unter denen die Parteien der Arbeiterklasse die entscheidenden waren, die volle Möglichkeit der freien Betätigung gegeben. Das war ein Akt der Befreiung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die unter der Hitlerdiktatur große Opfer und Verfolgungen auf sich genommen hatten. Die freie Entfaltung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, ihre Zusammenfassung und Stärkung bildeten eine unerläßliche Voraussetzung, damit an die Stelle des zerschlagenen faschistischen Staatsapparates des deutschen Imperialismus eine neue demokratische Ordnung, ein neuer demokratischer Staat

treten konnte. Die Ausrottung des Nazismus und Militarismus mußte Hand in Hand gehen mit der Entwicklung und Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte. In diesem Sinne war es auch zu verstehen, wenn im Potsdamer Abkommen gesagt wurde:

„Es müssen Vorbereitungen getroffen werden für die endgültige Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und die eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands im internationalen Leben.“¹

Die Sowjetunion führt diese Politik konsequent durch. In dem Maße, in dem sich die neue demokratische Ordnung entwickelte und festigte, trat sie als Besatzungsmacht immer mehr in den Hintergrund, übergab sie immer entscheidendere Funktionen an deutsche Organe. Den sichtbarsten Ausdruck fand diese Politik des Vertrauens in die demokratischen Kräfte bei der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Sowjetregierung verzichtete überhaupt auf ihre Verwaltungsfunktionen und übergab sie deutschen Organen. An die Stelle der Sowjetischen Militärverwaltung trat die Sowjetische Kontrollkommission. Die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik wäre undenkbar gewesen ohne die große Hilfe, die sie von der Sowjetunion erhalten hat. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung, die Entfaltung des sowjetisch-deutschen Warenverkehrs, die Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen, die Aufnahme in den Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, die Vermittlung der großen sowjetischen Erfahrungen in der Wirtschaftsplanung und in der Entwicklung neuer Produktionsmethoden sowie unzählige andere Maßnahmen auf wissenschaftlichem, künstlerischem und kulturellem Gebiete. Dank dieser großen Hilfe der Sowjetunion ist die Deutsche Demokratische Republik das überzeugende Beispiel dafür, daß ein unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland auch die beste Bürgerschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa bietet.

All das ist ein weiterer Anlaß dafür, daß der 3. Mai, der Tag der Befreiung, für uns zugleich ein Tag des Dankes an die Sowjetunion ist.

¹ Siehe „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 16.

Es könnte scheinen, als ob zwischen der Politik der Zerstückelung Deutschlands, wie sie von den amerikanischen und englischen imperialistischen Kreisen während des Krieges betrieben wurde, und ihrer heutigen Politik, die auf die Wiederbelebung der imperialistischen Kräfte, auf die Wiederaufrüstung Westdeutschlands gerichtet ist, ein Widerspruch bestünde. Das ist durchaus nicht der Fall. Als Churchill 1943 die Bildung einer Donauföderation forderte, war schon klar erkennbar, daß dieses Gebilde dem Krieg gegen die Sowjetunion und die durch sie befreiten Völker dienen sollte. Als sich im November/Dezember 1946 Bevin und Byrnes in Washington über die Bildung der sogenannten Bizone einigten, war das nur die Fortführung der alten Politik der Zerreißung und Zerstückelung Deutschlands. Als mit Wissen und Einverständnis Washingtons das Saargebiet von Frankreich annektiert wurde, als mit dem Ruhrstatut das industrielle Herz aus Deutschland herausgerissen wurde, war das im Grunde genommen nur die Fortführung der Politik von Quebec. Geändert hat sich in der Politik des amerikanischen Imperialismus nicht die Grundorientierung, geändert haben sich nur die Methoden. Unter Zurückdrängung seines englischen und französischen Partners hat es das amerikanische Monopolkapital verstanden, sich die beherrschende Position in Westdeutschland zu erobern. Im Zuge der verschärften Kriegsvorbereitungen greift er dabei immer offener auf die monopolkapitalistischen und militaristischen deutschen Kräfte zurück. Er züchtet einen neuen deutschen Imperialismus, dessen er sich nicht nur gegen das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus bedienen will, sondern den er auch gegen England und Frankreich auszuspielen gedenkt.

Diese amerikanische Kriegspolitik stellt für das deutsche Volk eine unermeßliche Gefahr dar. Sie ist weitaus schlimmer als der Morgenthauplan und alle Vernichtungspläne des Herrn Vansittart. Gelänge es den amerikanischen Kriegstreibern, den Krieg in Europa zu entfachen, so wäre Deutschland unvermeidlich Kriegsschauplatz. Was nach einem solchen Krieg von Deutschland übrigbliebe, wäre noch nicht einmal ein Land, „das in erster Linie den Charakter des Ackerbaus und der Weidewirtschaft trägt“. Es wäre eine Wüstenei im Herzen Europas, die weder der

amerikanische noch der englische Imperialismus als Konkurrenten zu fürchten braucht.

Eine solche gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtete Politik ließ sich auf dem Boden des Potsdamer Abkommens nicht durchführen. Sie war auch unmöglich gegenüber einem einheitlichen und demokratischen Deutschland, in dem die Kräfte des Imperialismus und Militarismus entmachteter sind und das alle Kräfte auf seinen friedlichen Aufbau sowie die Erhaltung des Friedens konzentriert. Ein solches einheitliches, demokratisches und unabhängiges Deutschland aber fürchteten die imperialistischen Westmächte. Darum beschränkten sie schon frühzeitig den Weg der Zerreißung Deutschlands. Sie traten alle Grundsätze des Potsdamer Abkommens mit Füßen. Der reaktionäre, faschistische Staatsapparat wurde in ihrem Herrschaftsbereich weitgehend wiederhergestellt. Die Machtpositionen des deutschen Monopolkapitals blieben erhalten oder erhielten nur eine veränderte Form. An Stelle einer gründlichen Entmilitarisierung betreiben sie die Remilitarisierung Westdeutschlands. Mit allen Mitteln des Drucks und des Terrors wurde die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten und die Zersplitterung der demokratischen Kräfte betrieben.

Ein krasser Ausdruck dieses Regimes des Terrors gegen alle demokratischen und friedliebenden Kräfte ist das erst vor wenigen Tagen erlassene Verbot der Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Dieses Verbot kennzeichnet die Furcht der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer Bonner Agenten vor dem Friedenswillen, der in der westdeutschen Bevölkerung lebendig ist. Angesichts dessen ist gerade in Deutschland

„jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung“¹.

Gegenüber den reaktionären Anschlägen, die von den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg und ihren Handlangern in der Bonner Regierung ausgehen, ist es die Aufgabe aller Friedensanhänger in Deutschland, gleichgültig, zu welchen politischen

¹ „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.

Auffassungen oder Weltanschauungen sie sich bekennen, dafür zu sorgen, daß die allerbreitesten Massen des Volkes

„die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen“¹.

In diesem Kampf hat das friedliebende deutsche Volk die uneingeschränkte Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion. Sie führt konsequent ihren Kampf für die Einhaltung und die Erfüllung des Potsdamer Abkommens fort. Der Verlauf der Pariser Vorbesprechungen für die Außenministerkonferenz zeigt das mit aller Eindeutigkeit. Der Vertreter der Sowjetunion hat sich dort nicht nur entschieden gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands gewandt, sondern auch mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß die Lösung der Frage der Einheit Deutschlands die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates bedeutet. So vertritt die Sowjetunion auch in der internationalen Arena die nationalen Grundinteressen des deutschen Volkes.

Es ist nur natürlich, daß alle friedliebenden und demokratischen Deutschen dafür von tiefer Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion und dem Genossen Stalin erfüllt sind. Und es ist ebenso natürlich, daß diese Dankbarkeit gerade am 8. Mai, der durch die Vollendung des Sieges der Sowjetarmee über die Tyrannei des Faschismus auch zum Tage der Befreiung des deutschen Volkes wurde, ihren besonders nachdrücklichen und herzlichen Ausdruck findet.

„Prawda“, Moskau, vom 8. Mai 1951.

¹ Ebenda.

Zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag

Rundfunkansprache

Meine lieben Landsleute in Ost und West unseres Vaterlandes!
Liebe deutsche Jugend!

In sehr ernster und verantwortungsvoller Stunde wende ich mich an euch. Ihr seid zu einer Entscheidung aufgerufen, durch die jeder einzelne über sein und seines Volkes Leben und Zukunft bestimmen soll. Die Frage, vor die die Männer und Frauen und die Jugend unseres Volkes, jeder Mann und jeder Jüngling, jede Mutter und jedes Mädchen in ganz Deutschland gestellt sind, geht im Grunde genommen dahin: Soll es wieder zum Kriege kommen oder wollen wir uns den Frieden erhalten? Im Zusammenhang damit wird in der Volksbefragung von jedem einzelnen Antwort verlangt: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951? Diese beiden Fragen können nicht ernst genug genommen werden. Auf sie kann es nur ein einmütiges und eindeutiges Ja geben.

Unser Volk ist gegen die Remilitarisierung, weil der Militarismus und das Wettrüsten der Hohenzollern ihm die Katastrophe des ersten Weltkrieges eingetragen hat. Die in der Weimarer Republik begonnene und von Hitler ins Maßlose gesteigerte Wiederaufrüstung hat unserem Volk eine noch schlimmere Katastrophe gebracht.

Und die Antwort auf die zweite Frage? Unser Volk verlangt endlich einen gerechten Friedensvertrag noch in diesem Jahre, weil es nach sechs Jahren Krieg und sechs Jahren Besetzung durch ausländische Truppen das unbestreitbare Recht auf Wiederherstellung seiner nationalen Einheit und Unabhängigkeit hat.

Die Fragen sind eindeutig und klar gestellt. Eindeutig und klar ist auch die bejahende Antwort aller friedliebenden, guten Deutschen. Aber gerade darum wird versucht, mit Lüge und Verleum-

derung, mit Zwang und Terror die freie Meinungsäußerung unseres Volkes zu unterdrücken. Von der Bonner Regierung wurde das verfassungswidrige Verbot der Volksbefragung erlassen. Die Volksmassen werden von ihr über die tatsächliche Remilitarisierung und ihren Zusammenhang mit der Kriegsgefahr irreführt. Gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik wird eine verlogene Hetze betrieben. Deutschland soll durch die Sowjetunion mit Unterdrückung und Krieg bedroht sein, die Remilitarisierung diene der Abwehr und der Erhaltung des Friedens. Das sind faustdicke Lügen. Aber keine Lüge ist zu groß, daß sie nicht von den Remilitaristen und Kriegstreibern benutzt würde.

Liebe Landsleute in Westdeutschland und in Westberlin! Die Bonner Politiker glauben, euch mit diesen Lügen irreführen und dumm machen zu können. Aber sind denn die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland nicht offenkundig genug? Werden nicht an westdeutschen Straßen und Brücken Sprengkammern eingebaut, um sie im Kriegsfall in die Luft zu sprengen? Zeigt nicht schon die Nachricht von der Gründung eines allgemeinen Luftschutzverbandes die Gefahr eines neuen Luftkrieges auf? Die USA-Luftstreitkräfte in England sind so verstärkt worden, daß sie zur dritten amerikanischen Luftflotte zusammengefaßt wurden. Das sind doch alles Tatsachen, die deutlich die amerikanischen Kriegspläne offenbaren. Amerikanische Bomber über euch und amerikanische Sprengkammern unter euch — so, meine lieben westdeutschen Landsleute, bedrohen die amerikanischen Kriegsvorbereitungen euch und das Leben eurer Kinder.

Ist es nicht eine geradezu unerhörte Provokation, daß ihr diese amerikanischen Zerstörungs- und Vernichtungsvorbereitungen auch noch selber bezahlen müßt? 7 Milliarden 658 Millionen Westmark sollen in diesem Jahr für sogenannte Besatzungskosten von der westdeutschen Bevölkerung aufgebracht werden. Nach der amtlichen Aufstellung entfallen davon 5 Milliarden 280 Millionen auf den Unterhalt teilweise militarisierter Arbeitskräfte, auf Wohnungen und Quartiere, auf Material, Ausrüstungen und militärische Neubauten. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Aber sie geben nur einen Teil der Wahrheit wieder. Der Bonner Finanzminister hat die erhöhten Ausgaben für

äußere und innere Sicherheit, also für die eigene deutsche Aufrüstung, offiziell mit 2 Milliarden Mark veranschlagt. Die gesamte, durch die gesteigerte Aufrüstung verursachte Steuererhöhung beträgt $4\frac{1}{2}$ Milliarden Westmark. Es gibt keinen schaffenden Menschen in Westdeutschland, der von der Remilitarisierung nicht schon heute in Mitleidenschaft gezogen würde. Heute bringt sie Verarmung und Not, morgen Vernichtung und Tod!

Es ist schon so: Remilitarisierung, das ist der amerikanische Krieg! Diese Feststellung ist heute ebenso wahr wie vor 20 Jahren die Mahnung: Hitler, das ist der Krieg! Seither hat sich aber die Weltlage entscheidend verändert. Unwissende und gutgläubige Menschen mögen beim Hitlerkrieg vielleicht noch der irrigen Meinung gewesen sein, er wäre doch ein Krieg für Deutschland. Heute ist eine solche Annahme ganz unmöglich. Heute ist klar, der Krieg dient nur dem amerikanischen Imperialismus. Die amerikanischen Imperialisten haben Europa und darin besonders Deutschland zur ersten Front ihres Krieges erklärt. Aber nun kommt das Ungeheuerliche für das deutsche Volk. Für diese erste Front des amerikanischen Krieges wollen der Bundeskanzler Adenauer und die Bonner Politiker deutsche Männer und Jünglinge als Söldner und Kanonenfutter liefern. Dafür sollen die 20 deutschen Divisionen dienen, deren schnellste Aufstellung Adenauer versprochen hat. Nur wer die Augen bewußt vor den Tatsachen verschließt, kann sich darüber täuschen, daß der Krieg vorbereitet wird, und zwar ein amerikanischer Krieg, durch den Deutschland vollends vernichtet werden soll. Darum ist der Kampf gegen die Remilitarisierung der Kampf für die Rettung der deutschen Nation. Darum müssen alle Deutschen gegen die Remilitarisierung stimmen.

Weil die Lage so ernst und die Entscheidung, vor der alle Deutschen stehen, so verantwortungsvoll ist, sehe ich mich veranlaßt, mich vor dem ganzen deutschen Volk auch an Herrn Theodor Heuß als den Präsidenten der Bundesrepublik zu wenden. Herr Theodor Heuß, Sie haben bei Ihrem Amtsantritt geschworen, daß Sie Ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden wollen. Der größte und unheilvollste Schaden aber, der heute das deutsche Volk bedroht, ist die Remilitarisierung. Aus ihr erwachsen Krieg und

namenloses Leid und Elend für das deutsche Volk. Sie, Herr Heuß, haben ebenso wie ich eine hohe Verantwortung dafür, daß dieser Schaden vom deutschen Volke abgewendet wird. Es besteht dazu die Möglichkeit. Veranlassen Sie die Aufhebung des verfassungswidrigen Verbots der Volksbefragung und geben Sie der westdeutschen Bevölkerung die Möglichkeit, frei und ungehindert darüber abzustimmen, ob sie für oder gegen die Remilitarisierung, für oder gegen einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951 ist. Sie wissen, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik diese Freiheit hat und die Abstimmung am 3., 4. und 5. Juni erfolgen wird. Ihr Eid, Herr Heuß, verpflichtet Sie angesichts der vor dem deutschen Volke stehenden Gefahr in dreifacher Hinsicht:

1. Helfen Sie, den Schaden der Remilitarisierung von unserem Volke abzuwenden.

2. Wahren und verteidigen Sie — wie Sie es geschworen haben — das Grundgesetz, indem Sie eine freie Volksbefragung garantieren.

3. Versuchen Sie, die verfassungswidrigen Handlungen Ihres Kanzlers zu vereiteln, der Artikel 26 Ihres Grundgesetzes verletzt und es unternimmt, „das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“.

Herr Präsident Theodor Heuß, wenn ich Ihnen all das vor der Öffentlichkeit unseres Volkes sage, so weiß ich, daß die reaktionären Politiker der Bundesrepublik darauf mit verlogenen Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen unsere Deutsche Demokratische Republik antworten werden. Alle Behauptungen, daß unsere Volkspolizei eine Militärmacht wäre, sind völlig haltlos. Unsere Regierung hat sich bereit erklärt, in gesamtdeutschen Beratungen über die Stärke und Standortverteilung der Polizei in ganz Deutschland zu verhandeln. Unsere Regierung hat nichts zu verbergen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Entmilitarisierung entsprechend dem Potsdamer Abkommen durchgeführt, es wurden auch die Kriegsgewinnler und Rüstungsindustriellen entmachtet und ihre Betriebe in die Hände des Volkes überführt. Die Regierung und die Volkskammer der Deut-

schen Demokratischen Republik haben wiederholt Erklärungen und Maßnahmen beschlossen, die dazu dienen sollen, jede Kriegsgefahr vom deutschen Volke abzuwenden, ihm die Einheit seines Vaterlandes wiederzugeben und ihm, befreit von den fremden Besatzungstruppen, die nationale Unabhängigkeit und den friedlichen Wiederaufstieg zu sichern. Dazu wird auch die Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik bei der Abstimmung am 3., 4. und 5. Juni ihr eindeutiges Ja sagen.

Um so schändlicher ist das Verbot der Volksbefragung, das von der Bonner Regierung erlassen wurde. Dieses Verbot ist verfassungswidrig und rechtsungültig. Es ist nicht nur euer Recht, sondern auch eure nationale und demokratische Pflicht, die Volksbefragung dennoch durchzuführen. Sagt euer entschiedenes Ja gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag. Laßt die Remilitarisierung nicht zu, denn sie hat den amerikanischen Krieg zur Folge. Um euch für dieses Verbrechen am deutschen Volke zu gewinnen, erklären die Revanchepolitiker, daß die Remilitarisierung notwendig sei, weil Deutschland und der Friede durch die Sowjetunion bedroht würde, daß diese Deutschland überfallen wolle. Das ist aber ein ganz gemeiner Schwindel, ein Volksbetrug ohnegleichen. Es gibt dafür nicht den geringsten Beweis. Ist es denn nicht jedem Menschen bekannt, daß die Sowjetunion an der Spitze des großen Weltfriedenslagers steht, daß dem deutschen Volke von der Sowjetunion jede Unterstützung in seinem gerechten Kampf für den Frieden, für die Erzwingung eines Friedensvertrages und für die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit und Souveränität zuteil wird? Gibt denn nicht das Auftreten des Vertreters der Sowjetunion auf der gegenwärtigen Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister in Paris erneut den untrüglichen Beweis dafür?

Liebe Landsleute in Westdeutschland! Ich wende mich an euch mit dem ganzen Ernst, den die drohende Gefahr des amerikanischen Krieges erforderlich macht. Die Vorbereitungen dazu werden in allen Einzelheiten von den amerikanischen Imperialisten getroffen. Es war der amerikanische Hohe Kommissar McCloy, der die bedingungslose Unterschrift unter den Schumanplan erpreßte, durch den die deutschen Souveränitätsrechte über Kohle und Stahl zugunsten des amerikanischen Rüstungsprogramms

preisgegeben werden. Die amerikanischen Imperialisten sind es, die die politische und wirtschaftliche Unterordnung Westdeutschlands unter ihre Weltherrschaftspläne mit allen Mitteln des finanziellen, politischen und militärischen Drucks erzwingen. Für diese Pläne soll die deutsche Jugend bluten und sterben, soll Deutschland zum Kriegsschauplatz, sollen unsere Städte zu Zielpunkten der amerikanischen Atombomben gemacht werden. Das kann und muß durch unser Volk verhindert werden. Dazu rufe ich alle meine deutschen Landsleute auf.

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Laßt euch in eurer Stellungnahme zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung nicht durch die sehr widerspruchsvolle, im Grunde genommen aber völlig reaktionäre Politik eures Parteivorsitzenden Dr. Schumacher beirren. Seiner Opposition gegen die Wirtschaftspolitik von Adenauer und gegen den Schumanplan steht gegenüber seine im Sinne der amerikanischen Kriegspolitik betriebene Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Oder-Neiße-Grenze, gegen die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, gegen die Volksbefragung. Begreift, um was es bei der Volksbefragung geht. Entscheidet euch einmütig gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag.

Ich wende mich noch besonders an die Männer, Frauen und die Jugend der Umsiedler. Laßt euch nicht durch die verlogene Propaganda, wieder in die alte Heimat zurückzukehren, für den amerikanischen Krieg gewinnen. Durch ihn würden nur noch Millionen von euch ihr Leben verlieren und ganz Deutschland würde vernichtet werden. Kämpft dafür, daß ihr eine auskömmliche Existenz und eine friedliche Heimat auch in euren jetzigen Aufenthaltsorten im Westen Deutschlands findet. Nur keinen Krieg, dann seid ihr verloren!

Liebe Landsleute! Es gilt, unser Vaterland vor den grauenhaften Verbrechen zu bewahren, die die amerikanischen Kriegstreiber in Korea begehen, wo sie ein ganzes Land zur verbrannten Erde machen. Vor der großen nationalen Aufgabe der Verhinderung des Krieges und der Rettung unseres Vaterlandes treten alle politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund. Jeder möge sich bewußt sein, es geht um

sein eigenes Leben, um das Leben von Frau und Kind, es geht um unsere Heimat, um die Zukunft der deutschen Nation. Von diesem Bewußtsein erfüllt, muß jeder seine ganze Kraft einsetzen, um die Volksbefragung zu einer einmütigen und machtvollen Willenskundgebung für die freie und friedliche Zukunft eines geeinten deutschen Vaterlandes zu machen. Bildet überall, wo es noch nicht geschehen ist, Volksbefragungsausschüsse! Lehnt jede Verpflichtung zum Söldnerdienst für den amerikanischen Krieg ab. Laßt euch im Westen Deutschlands und in Westberlin durch keinen Schwindel, keine Hetze, durch keine Bedrohung davon abhalten, an der Volksbefragung teilzunehmen. Bekundet euren festen Willen zum Frieden, gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag im Jahre 1951 durch ein eindeutiges Ja!

„Neues Deutschland“ vom 16. Mai 1951.

Der Friede wird den Krieg besiegen durch einmütige Entscheidung des Volkes

*Rede in Halle am Vorabend der Volksbefragung in der DDR
2. Juni 1951*

Ich spreche von dieser Stelle aus nicht nur zu euch, sondern auch durch den Rundfunk zugleich an alle meine lieben Landsleute in ganz Deutschland. Wir stehen alle vor einer sehr ernsten Entscheidung, einer Entscheidung über das Leben und die Zukunft unseres ganzen Volkes! Es geht darum, ob Frieden oder der amerikanische Krieg sein wird! Es geht darum, daß das deutsche Volk sich einmütig für den Frieden entscheidet. So stehen wir in der Deutschen Demokratischen Republik am Vorabend dieser Entscheidung durch die Volksbefragung. Morgen werden die Einwohner der Deutschen Demokratischen Republik ihr einmütiges Ja gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahr 1951 abgeben. Es gilt, die letzten Stunden bis zur Volksbefragung zu nutzen, damit bereits der erste Tag der Volksbefragung zu einem absolut einmütigen Bekenntnis zum Frieden wird. Jeder muß sich Rechenschaft geben über die Lage, in der sich unser deutsches Volk befindet. Jeder muß sich klarwerden über die Bedrohung, die von der Remilitarisierung Westdeutschlands und den amerikanischen Kriegsvorbereitungen ausgeht. Dann wird auch jeder erkennen, daß es seine selbstverständliche nationale Pflicht ist, daß er morgen gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Ja stimmt.

Doch zuvor möchte ich euch allen, liebe Hallenser Einwohner, für den herzlichen Empfang danken, der mir heute in eurer Stadt bereitet wurde. Eure machtvolle Demonstration zeigt, daß die imperialistischen Kriegstreiber sich verrechnet haben. Unser Volk setzt entschlossen alle Kräfte ein, um den Frieden bis zum äußersten zu verteidigen. So einmütig und geschlossen, wie ihr heute hier aufmarschiert seid, wird morgen die gesamte Bevölkerung unserer Republik ihr Ja für den Frieden abgeben.

Liebe Hallenser! Liebe Landsleute in ganz Deutschland! Unser Vaterland ist durch die Politik der imperialistischen Westmächte in zwei Teile zerrissen worden. Im westlichen Teil Deutschlands sind Staat und Wirtschaft, Leben und Schaffen unseres Volkes der aggressiven Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus unterworfen. In unserer Deutschen Demokratischen Republik dagegen dient alles Schaffen der werktätigen Menschen dem friedlichen Aufbau. Bei uns dienen Staat und Wirtschaft, Kultur und Erziehung dem großen Ziel der Erhaltung des Friedens, der Erringung einer glücklichen Zukunft für unsere Jugend.

Das Programm dieses friedlichen Aufbaus ist unser großer Fünfjahrplan. Gegenwärtig richten wir alle unsere Anstrengungen auf die Erfüllung der Aufgaben, die wir uns im Volkswirtschaftsplan 1951 gestellt haben. Wir haben uns in diesem Jahr zum Ziel gesetzt, die Gesamtproduktion unserer Industrie gegenüber dem Vorjahr fast um ein Fünftel zu steigern. Die Selbstkosten in unserer volkseigenen Wirtschaft sollen gesenkt werden. Die Gesamtleistung unserer Landwirtschaft soll sich durch Steigerung der Erträge, Erweiterung der Anbauflächen und Erhöhung der Viehbestände um rund 10 Prozent vergrößern. Unsere Industrie soll Waren und Güter herstellen, die wir bisher aus dem Ausland einführen mußten. Wir wollen unseren Außenhandel erweitern und insbesondere Rohstoffe für unsere Industrie und Lebensmittel für die Versorgung der Bevölkerung einführen. Gewaltige Neubauten für die Industrie und das kulturelle Leben sowie große Wohnungs- und Sozialbauten werden in Angriff genommen.

Das, liebe Freunde, sind nur einige Aufgaben aus dem großen Programm des Aufstiegs, das wir in diesem Jahr erfüllen werden. Die Ergebnisse des ersten Vierteljahres zeigen, daß wir in allen Wirtschaftszweigen die Planzahlen erreicht oder sogar überboten haben. Diesen Erfolg danken wir unseren Arbeitern und Angestellten, Technikern und Ingenieuren. Wir danken ihnen vor allem den großen Leistungen unserer Aktivisten, den Qualitäts- und Wettbewerbsbrigaden. Wir danken ihnen der hingebungsvollen Arbeit unserer Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, die in engem Bündnis mit der Arbeiterschaft ihre Forschungen, Konstruktionen und Erfindungen betreiben.

Alle diese Anstrengungen dienen bei uns nicht der Rüstung oder der Kriegsvorbereitung. Die Früchte der Arbeit aller kommen bei uns in steigendem Maße auch allen zugute. Wir verbessern die Qualität unserer Verbrauchsgüter, vergrößern die Auswahl an Waren und senken systematisch die Preise. Erst in der vorigen Woche hat unsere Regierung die Preise für einige Warengruppen im freien Verkauf durch unsere staatliche Handelsorganisation herabgesetzt. Gleichzeitig erfolgte eine Senkung der Lohnsteuern, wobei einige Gruppen der Frauen sowie unsere technische Intelligenz besonders berücksichtigt wurden. An dieser Politik der allmählichen und ständigen Hebung und Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung halten wir konsequent fest. Wir können es tun, weil wir eine Politik des Friedens und des planmäßigen Aufbaus betreiben. *Wir sind für den Frieden, weil wir den Wohlstand unseres Volkes wollen.*

Durchaus entgegengesetzt ist die Entwicklung in Westdeutschland. Dort wird die gesamte Wirtschaft immer mehr in den Dienst der amerikanischen Kriegsvorbereitungen gestellt. Kohle und Stahl, Walzwerkserzeugnisse und Chemieprodukte werden der deutschen Wirtschaft entzogen. Sie rollen nach Westen in die Rüstungsbetriebe Amerikas, Englands und Frankreichs. Selbst die Fertigwarenindustrie, die sonst Gebrauchsgüter für die Bevölkerung erzeugt, muß in zunehmendem Maße für das Rüstungsprogramm des Kriegsblocks der Westmächte arbeiten. Je länger diese Rüstungswirtschaft dauert, je mehr sie alle Zweige der Industrie erfaßt, desto mehr muß sie die westdeutsche Wirtschaft zerrütten und den Niedergang Westdeutschlands beschleunigen. Schon heute sind Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine ständige Erscheinung.

Auf die westdeutsche Bevölkerung wird die ganze Last der Kosten für die ausländischen Invasionstruppen abgewälzt. Immer neue amerikanische und englische Divisionen kommen ins Land. Neue Flugplätze, Rollbahnen, Munitionslager und andere militärische Anlagen werden gebaut. Dazu kommen die riesigen Ausgaben für die Aufstellung westdeutscher Militärformationen. Die westdeutsche Bevölkerung muß diese Kriegsvorbereitungen mit steigenden Preisen und erhöhten Steuern und Abgaben bezahlen. Erst vor wenigen Tagen wurde aus Bonn gemeldet, daß

die Preise für Brot und Margarine, Zucker und Milch erneut beträchtlich steigen werden. Die Umsatzsteuer soll um 50 Prozent erhöht werden. Das zieht unvermeidlich eine weitere allgemeine Verteuerung nach sich. So bringt die Remilitarisierung der westdeutschen Bevölkerung nur Not und Entbehrungen. So muß Westdeutschland die Politik der Remilitarisierung und Kriegsrüstung mit Zerrüttung und Niedergang seiner Wirtschaft bezahlen.

Ich wende mich von hier aus an unsere Landsleute in ganz Deutschland: Vergleiche die Ergebnisse der Politik des Krieges und der Politik des Friedens! Während in Westdeutschland die Preise ununterbrochen in die Höhe klettern, werden bei uns die Preise systematisch gesenkt. Während in Westdeutschland die Schulen geräumt und zu Kasernen gemacht werden, werden bei uns die Grundschulen in diesem Jahr mehr als 1300 neue Unterrichtsräume erhalten. Während in Westdeutschland Krankenhäuser für ausländische Invasionstruppen geräumt werden, wird bei uns in diesem Jahr die Zahl der Krankenhausbetten auf rund 200 000 gesteigert. Während in Westdeutschland den Bauern ihre Äcker und Wiesen für Flugplätze, Rollbahnen und Manövergelände geraubt werden, wird bei uns die Anbaufläche auch in diesem Jahr noch erweitert. Während in Westdeutschland der Friedensindustrie Kohle und Stahl für die Rüstung entzogen wird, erfolgt bei uns der Ausbau der Hüttenindustrie, damit wir Maschinen und Geräte herstellen, Häuser und Schulen, Krankenhäuser und Erholungsheime bauen können. So könnte man an Hand unseres Volkswirtschaftsplans ein Gebiet nach dem anderen durchgehen, und überall würde sich der Gegensatz zwischen der Rüstungs- und Kriegspolitik im Westen und der Politik des friedlichen Aufbaus bei uns zeigen. Die Folgen der aggressiven Rüstungspolitik in Westdeutschland zeigen schon heute die Wahrheit des alten Sprichwortes: *„Krieg zerstört, Frieden ernährt.“*

Dieser Unterschied zwischen Westdeutschland und unserer Republik offenbart auch, warum die imperialistischen Westmächte das Potsdamer Abkommen gebrochen haben. Das Potsdamer Abkommen sah vor, daß die alten monopolistischen und junkerlichen Kräfte des Krieges und der Reaktion in Deutsch-

land entmachtet werden sollen. Ein demokratisches und friedliebendes Deutschland sollte entstehen. Das Potsdamer Abkommen sicherte dem deutschen Volke zu, daß seine Heimat als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Es garantierte dem deutschen Volke sein Recht auf einen Friedensvertrag, der ihm seine nationale Unabhängigkeit wiedergeben sollte.

Diese Zusicherungen des Potsdamer Abkommens entsprachen der Stalinschen Friedenspolitik. Eine solche Regelung des deutschen Problems hätte einen dauerhaften Frieden in ganz Europa gesichert. Anders waren die Absichten der imperialistischen Kriegstreiber. Sie hatten bereits während des zweiten Weltkrieges verkündet, daß Deutschland zerrissen und zerstückelt werden muß. Sie wollten die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes für immer auslöschen. In Potsdam ist es ihnen nicht gelungen, diese verbrecherischen Pläne gegen das deutsche Volk durchzusetzen. Als Vertreter der siegreichen Sowjetunion verteidigte Stalin die nationalen Interessen des deutschen Volkes und damit den Frieden Europas. Dafür dankt ihm das deutsche Volk. Für diese Friedenspolitik preisen alle Völker mit vollem Recht Stalin, den großen Führer des Weltfriedenslagers.

Was den imperialistischen Kriegstreibern in Potsdam nicht gelang, haben sie später in Washington und London mit ihren separaten Zwei- und Dreimächteabkommen durchgeführt. Sie spalteten Deutschland, um aus Westdeutschland eine Basis für ihre Kriegsvorbereitungen zu machen. Sie schützten die deutschen Kriegsverbrecher und setzten sie in ihre wirtschaftlichen Machtstellungen wieder ein, weil sie unter amerikanischem Kommando die Kriegspolitik Hitlers fortführen. Sie hintertrieben den Abschluß eines Friedensvertrages, weil sie die deutsche Jugend als Kanonenfutter mißbrauchen wollen. Sie schufen jetzt den Schumanplan, weil sie die deutsche Kohlen- und Stahlindustrie für ihre Kriegsrüstungen brauchen.

Angeichts dessen muß jeder Deutsche verstehen, daß der Kampf für die Einheit Deutschlands auch der Erhaltung des Friedens dient. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland muß den Abzug aller Besatzungstruppen zur Folge haben. Dann wäre es den Amerikanern unmöglich, ihre Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden zu betreiben. Es ist

daher höchstes nationales Gebot, daß sich die Deutschen aus West und Ost über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Erringung eines Friedensvertrages verständigen. Die Regierung und die Volkskammer unserer Republik haben der Bonner Regierung und dem Bonner Bundestag dafür aufrichtige Angebote gemacht. Die Amerikaner haben den Bonner Politikern die Ablehnung dieser Angebote befohlen. Dennoch bleiben wir dabei, uns mit aller Kraft für die gesamtdeutsche Verständigung einzusetzen. Wir führen den Kampf um Einheit und Frieden weiter unter der Losung: „*Deutsche an einen Tisch.*“

Als Adenauer und seine Regierung die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ablehnten, haben sie sich des größten Verbrechens am deutschen Volke schuldig gemacht. Sie sind heute nur noch die Willensvollstrecker der amerikanischen Kriegstreiber. Auf Weisung Trumans und Eisenhowers forderte Adenauer die Verstärkung der amerikanischen und englischen Invasionstruppen in Deutschland. In der vergangenen Woche sind neue amerikanische Truppen in Bremen gelandet. Weitere sollen folgen. Sie haben die Aufgabe, die Aufstellung deutscher Söldnereinheiten für den amerikanischen Krieg zu überwachen oder sogar mit Gewalt zu erzwingen.

Truman und seine Senatoren sagen, es wäre billiger, Krieg mit fremden Soldaten zu führen, als mit amerikanischen Boys. Sie versprechen sich größere Profite, wenn sie fremde Heere mit amerikanischen Waffen, Panzern und Flugzeugen ausrüsten. In hündischem Gehorsam hat Adenauer sofort die Mobilisierung von 200 000 jungen Deutschen als erste Lieferung von Kanonennahrung zugesagt.

Truman hat in der vergangenen Woche dem USA-Kongreß versprochen, daß die europäischen Länder ihre Steuern erhöhen werden, damit sie die gewaltig erhöhten militärischen Ausgaben tragen können. Prompt haben Adenauer und Schäffer der westdeutschen Bevölkerung die Steuerschraube angezogen.

So wie Adenauer handelt nur ein Feind des deutschen Volkes. Auf Befehl der amerikanischen Kriegstreiber hat er der westdeutschen Bevölkerung verboten, gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag Stellung zu nehmen. Darum ist es durchaus verständlich, daß von den westdeutschen Friedens-

kämpfen und Patrioten immer stärker und nachdrücklicher die Forderung erhoben wird: „*Fort mit Adenauer!*“

Schumacher, der Führer der SPD, gibt sich den Anschein, als wäre auch er gegen Adenauer. Mit radikalen Worten spielt er den Oppositionellen. Er wettet gegen den Schumanplan, gegen die Steuererhöhungen und andere unpopuläre Maßnahmen der Adenauer-Regierung. In den entscheidenden Fragen aber stimmt er mit Adenauer völlig überein. Genau wie Adenauer hat Schumacher gefordert, daß mehr amerikanische Divisionen in Westdeutschland stationiert werden sollen. Genau wie Adenauer betreibt er Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Schumacher ist es, der nach Schlachten an der Weichsel und am Njemen geschrien hat. Genau wie Adenauer und Kaiser betreiben die Schumacher und Reuter eine niederträchtige, verleumderische Hetze gegen unsere Republik. Schumacher heuchelt Opposition, fordert aber in englischen Zeitungen die Aufstellung eines sogenannten deutschen Volksheeres. Er war der erste, der das Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung gefordert hat. Schumacher ist gegen den Ost-West-Handel und trägt dadurch zur Erhöhung der Erwerbslosigkeit bei.

Wenn ich all das sage, so weiß ich aber auch, daß die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger gegen die Remilitarisierung und gegen die Kriegsvorbereitungen ist. Immer mehr Sozialdemokraten und Gewerkschafter begreifen, daß Steuerdruck und Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Folgen der amerikanischen Kriegspolitik in Westdeutschland sind. Sie lesen mit Empörung, daß Schumacher mit den Hitlergeneralen Speidel und Heusinger über die Durchführung der Remilitarisierung verhandelt. Sie fürchten mit Recht, daß diese Hitlergenerale einmal eine ähnliche Rolle spielen werden wie Hindenburg und Blomberg, die Hitler halfen, die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften zu unterdrücken und zu zerschlagen. Darum reichen wir im Kampf gegen die Remilitarisierung allen ehrlichen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern die Hand zum gemeinsamen Vorgehen. Im Kampf für den Frieden ist die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft. Ohne Arbeiter gibt es keine Rüstungsproduktion und keine militärischen Bauten. Ohne Arbeiter kann auch keine

westdeutsche Söldnerarmee aufgestellt werden. Die westdeutschen Arbeiter müssen sich ihrer Kraft und Stärke nur bewußt werden. Wenn sich Sozialdemokraten und Kommunisten, Gewerkschafter und Christen zum gemeinsamen Handeln vereinen, sind sie unüberwindlich. Darum rufen wir ihnen zu: *Schafft die Aktionseinheit im Kampf gegen die Remilitarisierung! Schafft die Aktionseinheit im Kampf gegen die Lasten der amerikanischen Kriegsvorbereitungen!*

Nicht nur die westdeutschen Arbeiter sind von der Remilitarisierung bedroht und stöhnen unter ihren Lasten. Die Kriegsvorbereitungen bedrohen und belasten die gesamte westdeutsche Bevölkerung. Den Bauern werden ihre Äcker und Wiesen für Flugplätze, Rollbahnen und Manövergelände geraubt. Den Handwerkern und Unternehmern werden die Rohstoffe und Halbfabrikate entzogen, die in die Rüstungsfabriken wandern. Aus der Remilitarisierung erwächst der Krieg. Der Krieg aber bedroht alle Schichten unseres Volkes. Er macht vor keiner politischen Auffassung und keiner Konfession halt. Die amerikanischen Bomber zerstören Wohnhäuser und Schulen, Kirchen und Krankenhäuser. *Darum ist die Verteidigung des Friedens Sache aller guten Deutschen.* Sie alle müssen sich um die Friedenskomitees zusammenschließen und die Friedensbewegung zu einer umfassenden Volksbewegung machen.

Auf der großen Friedenstagung in Essen im Januar dieses Jahres waren Vertreter aller Schichten unseres Volkes, aller politischen Richtungen und Konfessionen. Die 1700 Teilnehmer der Essener Friedenstagung haben von der Bonner Regierung die Durchführung einer Volksbefragung über die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages gefordert. Die Adenauer-Regierung aber hat die Durchführung der Volksbefragung in Westdeutschland verboten. Sie hat damit ihr eigenes Bonner Grundgesetz gebrochen und in den Schmutz getreten. Der in Düsseldorf gebildete Hauptausschuß für die Volksbefragung hat jedoch nicht kapituliert. Er verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes. *Die Volksbefragung wird trotz Verbots durchgeführt.*

Keine ausländischen Hohen Kommissare und keine militaristische Regierung können das Volk zwingen, in dieser Lebensfrage

der Nation auf seine verfassungsmäßigen Rechte zu verzichten. Unzählige Einzelbefragungen, Abstimmungen und Kundgebungen haben den Beweis erbracht, daß die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Remilitarisierung ablehnt. Die ausländischen Kommissare auf dem Petersberg und ihre Bediensteten in der Bonner Regierungskanzlei befinden sich in einem schweren Irrtum, wenn sie glauben, die Volksbefragung mit einem Polizeiverbot aus der Welt geschafft zu haben. Man kann einem Volk den Lebenswillen nicht verbieten. Mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung verteidigt das deutsche Volk sein Leben und seine nationale Existenz. Dieser Kampf geht weiter. Er wird so lange geführt, bis ein Friedensvertrag die friedliche Zukunft unseres Volkes sichert. *Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung bleibt in Westdeutschland so lange auf der Tagesordnung, wie die Kriegsvorbereitungen auf amerikanischen Befehl fortgesetzt werden.* Unser Volk wird sein Leben so lange verteidigen, wie es durch den amerikanischen Krieg bedroht wird.

Um unser Volk von dieser Bedrohung abzulenken, haben die imperialistischen Kriegstreiber die Lüge erfunden, daß Europa durch die Sowjetunion bedroht würde. Mit dieser gemeinen Lüge suchen sie ihre eigenen Völker und auch das deutsche Volk irrezuführen. Unbestreitbare Tatsachen aber zerschlagen diese Lüge. Die junge Sowjetmacht war der erste Staat, der im ersten Weltkrieg den Völkern den Frieden angeboten hat. Sie war der erste Staat, der dem Blutvergießen ein Ende machte und mit Deutschland Frieden schloß. Als der zweite Weltkrieg unvermeidlich wurde, hat die Sowjetunion versucht, wenigstens den Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu vermeiden. Das war der Sinn des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Jedermann weiß, es war nicht die Sowjetunion, sondern Hitler, der diesen Nichtangriffspakt heimtückisch gebrochen hat. Seit 1917 gibt es kein einziges Beispiel, daß die Sowjetunion irgendein Land angegriffen oder überfallen hätte.

Und wie ist die Lage heute? Korea wird von amerikanischen Bomben verwüstet, nicht aber von sowjetischen. In Korea hausen amerikanische Invasionstruppen, nicht aber sowjetische. Persien wird von britischen Truppen und Kriegsschiffen bedroht, nicht aber von sowjetischen. Gegen Tatsachen sind Lügen ohnmächtig.

Unbestreitbare Tatsache ist es auch, daß die Sowjetunion sich bereit erklärt hat, nach Abschluß eines Friedensvertrages ihre Truppen aus Deutschland zurückzuziehen. Die amerikanischen Kriegstreiber sind es, die sich nicht nur weigern, aus Deutschland abzuziehen, sondern im Gegenteil ihre Truppen noch verstärken. Sie wollen Westdeutschland zur amerikanischen Kolonie machen.

Wir haben nichts dagegen, daß junge Amerikaner zu uns kommen. Im Gegenteil, wir werden sie bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten auf das herzlichste begrüßen. Aber diese Vertreter des werktätigen Amerika kommen als Boten des Friedens und der Freundschaft zu uns. Jenen Amerikanern aber, die mit Panzern und Kanonen, mit Sprengstoffen und Bomben kommen, ruft das ganze deutsche Volk zu: „*Ami, go home!*“

Die große Sowjetunion hat in den letzten Wochen erneut bewiesen, daß sie gegenüber dem deutschen Volke eine Politik des Friedens und der Freundschaft vertritt. Ich will hier nicht von der großen Hilfe sprechen, die uns die führenden Stachanowleute, Techniker und Ingenieure, Wissenschaftler und Künstler in unserem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau erwiesen haben. Ich will auch nicht von der Hilfe sprechen, die wir durch die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln erhalten. In den entscheidenden Fragen — der Erhaltung des Friedens, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrages — hat die Sowjetunion auf der Pariser Vorkonferenz voll und ganz die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertreten. Der sowjetische Delegierte Gromyko hat die friedliche Lösung des deutschen Problems zur zentralen Frage der Pariser Beratungen gemacht. Er hat darauf bestanden, daß der Kriegsblock der Atlantikmächte auf der Außenministerkonferenz behandelt wird. Der Atlantikpakt ist jener Kriegspakt, für den Westdeutschland zum Kriegsschauplatz und die deutsche Jugend zum Kanonenfutter gemacht werden soll. Für diesen Kriegspakt wird die Remilitarisierung Westdeutschlands betrieben. Wenn also der sowjetische Vertreter in Paris beharrlich die Behandlung des Atlantikkriegspaktes verlangt, so verteidigt er auch damit die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Darum bekennen wir uns zur festen Freundschaft mit der Sowjetunion.



Präsident Wilhelm Pieck während der Maikundgebung 1951 in Chemnitz (jetzt Karl-Marx-Stadt)
im Gespräch mit Kumpeln aus dem Erzbergbau